

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

5 (6.1.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553557](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553557)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einfl. Brutto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 M., für zwei Monate 1.50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Belegzeit.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate werden die fünfmalsteuerungsstelle oder deren Raum für die Inserenten im Münchener-Belegensystem und Vorgeburt, sowie der Filialen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Priesterstraße 20/22. — Fernsprecher-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshafen.

Filiale in Deypen: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Freitag den 6. Januar 1911.

Nr. 5.

Das Moabiter „Mißverständnis“.

Ein Staatsanwalt, der kein eigenes Kind mochte, gehört nicht zu den alltäglichen Erscheinungen. Aber wer den Berliner ersten Staatsanwalt, Herrn Steinbrecht, den Vertreter der Anklage im Moabiter Kriminalprozeß, in den letzten Wochen zu beobachten Gelegenheit hatte, mußte längst die tragische Wendung ahnen, welche die große staatsanwaltliche Aktion nimmte am letzten Mittwoch, am ersten Tage der Verhandlung, genommen hat. Herr Steinbrecht hat an diesem geistigen Wappstein, der berühmten Nachtragsanfrage vom 24. Oktober v. J., schon lange keine rechte Freude gehabt. Am Mittwoch hat er sich nun auf sie gestürzt und sie mit Reulen totgeschlagen.

Die Staatsanwaltschaft hat nie behauptet oder unter Beweis gestellt, die sozialdemokratische Partei selbst habe die Unruhen gewollt oder herbeigeführt.

Es ist behauptet worden, die Staatsanwaltschaft habe den Vorwurf erhoben, die sozialdemokratische Partei, die Redaktion des „Vorwärts“ und die Leitung der organisierten Arbeiter hätten die Moabiter Kriminalprozeß selbst angeregt, selbst gewollt und selbst böswillig herbeigeführt. Kein Wort von alledem ist in der Anklage gesagt.

So der Unterzeichner der Nachtragsanfrage vom 24. Oktober 1910 am 4. Januar 1911. Die lange Schreyzeit dieses Prozesses ist also doch nicht ganz vergeßlich gewesen. Eine Behauptung, die monatelang im Vordergrund der politischen Diskussion gestanden und hohe Wellen der Erregung bis in das Parlament geworfen hat, ist jetzt, nach Herrn Steinbrechts eigenen Worten, „als bewährliches Mißverständnis“ entlarvt. Diese Behauptung existiert nicht, hat nie existiert, und wer sie behauptet, rennt damit, wider nach Herrn Steinbrechts Worten, „offene Türen ein“.

Wäre es einen Staatsanwalt über diesen Staatsanwalt, und würde der die Nachtragsanfrage vom 24. Oktober nach den Kriterien des § 166 St.-G.-B. (Behauptung nicht erwiesener Tatsachen usw.) urteilen, so würde es ihm ein Leichtes sein, zu beweisen, daß das, was Herr Steinbrecht nun nicht gesagt haben will, tatsächlich dem Sinne, wenn auch nicht dem Wortlaut nach in dieser Anklagegeheißt gesagt wird. Mit Rechtigkeit läßt sich nachweisen, daß die Staatsanwaltschaft in der ersten Zeit, und zwar ungefähr bis zum 22. November, systematisch darauf ausgegangen ist, den Verdacht zu erregen, als sei in Moabit nach einem bestimmten „Kriegsplan“ vorgegangen worden und als hätten die Organisationen der Arbeiter diesem Kriegsplan nicht fern. Die Vermutung von dem Vorhandensein eines solchen Kriegsplans wird in der Anklagegeheißt offen ausgedrückt, und in den ersten Tagen ist namentlich der junge Anwalt (heißt) Staatsanwaltschaftliche Stellen offensichtlich belächelt gewesen, den „geheimen Führern“, die sich „im Hintergrunde“ hielten, auf den Verdacht zu stützen. Als man aber den ersten energiegelassenen Griffen hinter den Vorhang der erhofften sozialdemokratischen Redakteure und Organisationsleiter ein paar Herren aus der Gegend des Volksparteibüros herbeiholte — da natürlich änderte sich auf einmal die Szene. Der frühere Leiter der Anklagebehörde, der geheimen Urheber der Moabiter Kriminalprozeß nachzuführen, wie einer förmlichen Angst, und der Versuch der Verteidigung, der Sache auf den Grund zu gehen, ließ bis zum letzten Augenblick auf den verzweifeln Widerstand des Volksparteibüros. Der geheime „Kriegsplan“ richt nicht in den Händen der Rindenschäfer, sondern in denen des Alexanderplatzes.

Aber sei dem, wie immer, menschlich begreiflich bleibt es auf alle Fälle, daß sich der Staatsanwalt Steinbrecht nach den ihm gewordenen bitteren Erfahrungen zu richten suchte, wie er eben kann. Man könnte es darum auch dahingestellt sein lassen, ob keine Erklärung vom 4. Januar wirklich die Aufklärung eines Mißverständnisses oder aber einen förmlichen Widerruf und Rückzug bedeutet. Wäre nur diese Erklärung so loyal gesagt, wie man es in derartigen Fällen wohl verlangen darf. Leider hat sich Herr Steinbrecht so solcher rassistischen Loyalität nicht entschließen können, sondern er hat einige der „Kriegszeit“ entliehen Redensarten zum Besten gegeben von Verhetzung, Terrorismus, von „daß gegen Arbeitswillige und Polizei“, der da gesagt worden sei und nun keine Früchte getragen habe. Solche Redensarten erwidern sich sehr leicht. Wie für die Anklagegarde des Staatsanwaltschaftlichen Hing und die „Politik“, Kollegen des Kriminalkommissars Ruhe zu predigen, dürfen wir getrost Herrn Steinbrecht überlassen. Der Name muß ja ...! Aber das Glück hat, nicht Staatsanwalt am Berliner Landgericht I zu sein, der würde sich das Recht nicht nehmen lassen, solche „nützliche Elemente“ zu kritisieren, wie sie es verdienen. Von solcher Kritik zum blutigen

Aufbruch ist aber ein sehr weiter Weg, und selbst die ganze Verlogenheit der reaktionären Mittelpresse wird nicht imstande sein, der Welt den Unfug glaubhaft zu machen, weil die organisierten Arbeiter keine Freunde von Streikbrechern und Mitgliederhungen seien, darum seien sie an den Moabiter Exzellenz Schuld.

Die reaktionäre Erhe ist seit dem 4. Januar um eine Lage ärmer, und die Verteidiger, die es nun nicht mehr nötig haben, die offene Tür einer zusammengebrochenen politischen Anklage einzuräumen, werden sich mit desto größerem Eifer des Schicksals der einzelnen Angeklagten annehmen dürfen. Das wird um so nötiger sein, als die Strafanträge der Staatsanwaltschaft zum Teil geradezu phantastisch zu nennen sind, man könnte auch hier von bedauerlichen Mißverständnissen reden. Was soll man z. B. dazu sagen, daß Herr Steinbrecht einen 15jährigen Knaben, der einen Stein geworfen hat, auf ein ganzes Jahr ins Gefängnis sperren lassen will? Was kann denn der Anabe Meier dafür, daß er kein Graf und Bonner Bonusse ist? Ein Graf und Bonner Bonusse kann doch noch nach ganz andere Sachen anstellen und kommt dafür höchstens für drei Tage auf Festung!

Es wäre kein Ruhm für die preussische Justiz, wenn sie aus dem gängigen erfolglosen Prozeß, den sie gegen den „Amisur“ unternahm, heimkehren wollte mit dem Stalp eines Kindes am Gürtel!

Über die denkwürdige Gerichtsitzung geht uns folgender Bericht zu:

Bei Eröffnung der Mittwoch-Vormittagsitzung verhandelt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, zunächst die Entschuldigungen des Gerichtshofes zu den von der Verteidigung gestellten Anträgen. Der Antrag auf Abhaltung eines Kollaterals ist abgelehnt, ebenso die Anträge auf nachmalige Vernehmung von Zeugen zum Fall Pilz und auf Hinzuziehung eines medizinischen Sachverständigen zur Beurteilung der sittlichen und geistigen Minderwertigkeit des Hauptkollationszeugen. Weiter ist der Antrag auf Vernehmung der Redakteure des „Vorwärts“ abgelehnt worden. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß der Volksparteipräsident seinen Kriminalbeamten nicht die Genehmigung zur Auslage über Wohnungsumfragen auf der Straße erteilt hat.

Nun beantragte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, die Genehmigung des Volksparteipräsidenten darüber einzuholen, daß der Kriminalkommissar Kluth Auslagen darüber macht, ob es richtig ist, daß eines Tages, als er mit seinen Beamten in Moabit stand, ein uniformierter Schutzmann an ihn herangetreten sei und gesagt habe: es ist doch heute alles so unanständig ruhig gelegen, es ist nicht das geringste vom Publikum verübt worden; ob er dann nicht endlich seine Beamten veranlassen wolle, in die Menge hineinzugehen, damit etwas geschieht; eventuell beantragte die Verteidigung, den Kriminalbeamten auch ohne Genehmigung darüber zu hören. Der Gerichtshof sagte hierüber vorläufig noch keinen Beschluß, sondern setzte zunächst die Zeugenvernehmung fort. Es wurden noch eine Reihe von Zeugen vernommen, die die Verteidigung zu einigen Einzelfällen geladen hatte und die im allgemeinen günstig für die Angeklagten ausfielen.

Während der Mittagspause ist die Genehmigung des Volksparteipräsidenten zur Auslage für den Kriminalkommissar Kluth eingegangen. Derselbe sagt aus, daß er sich nicht erinnere, eine Vernehmung eines uniformierten Beamten so aufgelagt zu haben, als ob er mit seinen Beamten sich in die Menge mischte und sie zu beleidigenden Rufen und Gewalttätigkeiten anzuregen wollte. Auf die eindringliche Frage des Rechtsanwalts Rosenfeld, ob eine solche Vernehmung nicht gefallen sei, oder ob er sich nicht erinnere, antwortet er, er erinnere sich nicht. Rechtsanwalt Rosenfeld fragt dann, ob er heute bereits auf dem Volksparteipräsidenten vernommen sei. Hierauf erwidert der Zeuge, er sei nicht vernommen, sondern gehört worden und auf die Frage von wem, verweigert er die Auslage.

Der nächste Zeuge ist der Volksparteiunant Liefen, der Offizier, welcher die betreffende Vernehmung zum Kriminalkommissar Kluth am 28. September gemacht haben soll. Der Zeuge betrittet dies entschieden. Er habe nur so nebenbei gesagt: „Hier ist nichts los.“ Auf die Frage an den Zeugen, ob er im Volksparteipräsidenten vernommen sei, verweigert er die Auskunft. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Verteidiger erklären noch, daß sie auf die zum Falle Pilz gestellten und vom Gericht abgelehnten Beweisanträge nicht verzichten könnten.

Es ergreift dann der erste Staatsanwalt Steinbrecht das Wort zu seinem Plädoyer. Er betont zunächst, daß die Staatsanwaltschaft niemals behauptet habe, die Partei oder die Gewerkschaften hätten die Unruhen angestiftet und ge-

leitet oder auch nur gewollt, gewünscht und gefördert. Man kann daher der Staatsanwaltschaft auch nicht vorwerfen, daß sie es war, welche die Politik in den Gerichtssaal gesetzt hat. Auch dafür ist kein Beweis erbracht worden, daß irgend welche Rädelshörer bei den Unruhen tätig waren. Aber ein unsichtbarer Rädelshörer war vorhanden, nämlich der fanatische Haß der Arbeiter gegen die Arbeitswilligen und gegen die Polizei, welche die Arbeitswilligen und die strafbaren Handlungen verübt, sondern von werktätigen Arbeitern in blindem wütenden Haß gegen ihre arbeitenden Kollegen und die sie schützende Polizei. Der Staatsanwalt schließt dann eingehend den Beginn und Verlauf des Streiks, und er betont, daß bei den nachfolgenden Gewalttätigkeiten Schutzeleute verletzt worden sind. Dadurch erst sei die Polizei einigermassen aus ihrer Ruhe und Besonnenheit gebracht worden. Die vorgelommenen Mißgriffe sind dadurch wohl erklärlich. Der Staatsanwalt wendet sich dann den einzelnen Anklagefällen zu und beantragt folgende Strafen: Gegen Tiedemann ein Jahr sechs Monate, Meier neun Monate, Radstut acht Monate, Pfister vier Monate, Litwids sechs Monate, Meier 1 Jahr, Rosenberg 4 Monate, Muslewski sechs Monate Gefängnis.

Hierauf wird das Plädoyer abgebrochen und eine Fortsetzung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr verfügt.

Politische Rundschau.

Bant, 5. Januar.

Der Termin der Reichstagswahlen.

Die „Königliche Volkszeitung“ läßt sich aus Berlin berichten: „Der Reichstagsminister von Bethmann-Hollweg lehnt es mit Entschiedenheit ab, irgend einen festen Zeitpunkt für die Reichstagswahlen zu bestimmen. Er behält sich in dieser Hinsicht völlig freie Hand vor. Es ist leicht möglich, daß die Parteien überrascht werden. Viel wird die Entscheidung von dem Verlauf der Schlußsession abhängen. In manchen Regierungskreisen ist man der Meinung, daß es taktisch zweckmäßig ist, die Reichstagswahlen im späten Frühjahr stattfinden zu lassen, damit der Reichstag noch zu Anfang des Sommers zu einer kurzen Session zusammengetreten kann, und dann eine längere Pause eintritt, in der die Parteien vor Beginn der Herbstsession zur Ruhe kommen können. Man hält es für bedenklich, daß der nächste Reichstag als bald unter dem frischen Eindruck des Wahlschlusses zu größerer Tätigkeit überdiesen werden soll.“

Narrenstreich oder Schurkenstreich?

In der „Schwäbischen Tagwacht“ lesen wir: „Von genau unterrichteter Seite geht uns die Nachricht zu, daß im ganzen 15. Armeekorps — ob in der gesamten Arme, entzieht sich der Kenntnis unseres Gewährsmannes — ein streng vertrauliches Schreiben im Umlauf ist, nach welchem an die über die Feiertage beurlaubten Soldaten von sozialdemokratischer Seite Flugblätter verteilt werden sollen. Die Militärbehörde setzt nun voraus, daß diese Flugblätter von sozialdemokratisch gesinnten Mannschaften mit in die Kasernen gebracht werden, und befiehlt daher, daß die Leute bei ihrer Ankunft aus den Ferien sofort nach den Schriften untersucht werden.“

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß die Sozialdemokratie mit der Sache nicht das geringste zu tun hat. Sie lehnt entschieden unter allen Umständen jede Agitation unter den aktiven Soldaten ab. Zum Ueberflus beweist aber auch das in Frage kommende Flugblatt, das tatsächlich existiert, daß es sich um einen plumpen Schurkenstreich handelt, der manche jungen Leute im Waffengrad ins Unglück stürzen kann. Den Soldaten wird zugemutet, am 27. Januar (dem Geburtstag des Kaisers) den Gehorham zu verweigern und den Baderamisch nicht zu machen! „Nache für 1849 und 1866 ... Das Volk steht auf unserer Seite!“ so lauten die Tiraden, von denen man annehmen ist, daß sie dem Gehirn eines Narrenhüslers entsprungen sind. Viel näher liegt, daß Werkzeuge des Reichsverbandes oder einer anderen Gesellschaft, die die Sozialdemokratie ausrotten will, die Hand im Spiel haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach soll mit dem Flugblatt die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie fürs stehende Heer bewiesen werden, um so die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen zu veranlassen. Um diesen Zweck zu erreichen, schreien die Urheber vor einem verbrecherischen Mittel nicht zurück. Es bedarf nur dieses Hinweises, um vor dem Schurkenstreich aufs dringendste zu warnen.

In Karlsruhe ist in den Kasernen und unter Soldaten des Telegraphenbataillons die aus dem Umlauf zurückgekehrt, vergeblich nach jenem Flugblatt gesucht worden.



Vereine auf dem Kriegspfade gegen die Arbeiterjugend.

Nach einer Meldung der „Kleinen Posten Nachrichten“ soll Preußen im Bundesrat beantragt haben, die Landesregierungen sollten angehalten werden, die sozialistischen Jugendorganisationen wegen aneinanderer Verletzung des Vereinsgesetzes aufzulösen.

Der Bundesrat kann natürlich keine Anweisungen geben, wie einzelne Landesregierungen das Vereinsgesetz auszuführen haben. Es könnte sich nur um generelle Ausführungsbestimmungen handeln, die insofern auch nicht ohne Wirkung des Reichstages erlassen werden können. Vermutlich will die Meldung nur sagen, daß von Preußen aus ein allgemeines Vorgehen gegen die Jugendorganisationen angeregt wurde.

Die „Königliche Volkszeitung“ fädelte den Zentrumsgehalt zu einer wütenden Attacke gegen die freie Jugendbewegung. Großmächtig wird zugestanden, daß sich die Arbeiterjugend durch den Kampf gegen Alkohol und Schundliteratur, durch Pflege der körperlichen Übungen und Bildungsbestrebungen „einiges Verdienst“ erworben habe. Trotz alledem bedeute das Wüten der freien Jugendorganisationen eine große Gefahr, der mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse. Die „Königliche Volkszeitung“ erhofft von dem Ausbau der Volksschulen und Fortbildungsschulen Rettung und Heil. Notwendig sei vor allem eine Vertiefung der sogenannten ethischen Fächer, Religion, Deutsch und Geschichte. Der Schatz der Jugendkämpfe gegen Ausbeutung müsse verschärfte werden. Ganz besonders aber werden — die christlichen Jugendorganisationen in empfehlender Erinnerung gebracht.

In Summa soll also „die große Gefahr der freien Jugendorganisationen“ dadurch beseitigt werden, daß man die bühne Vermittlungsarbeit mit ganz besonderem Hochdruck zu betreiben versucht wird. Denn der Hinweis, daß mit größerer Entschiedenheit gegen die Ausbeutung der Jugendlichen gekämpft werden müsse, wird weder bei den laienhaften noch bei den evangelischen Schulungsausbeutern Verständnis und eifrige Betätigung finden.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Januar. Der Verein Deutscher Werkzeugmaschinen-Fabrikanten hat an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der er auf die Schädigungen der deutschen Industrie durch das deutsch-amerikanische Patentabkommen hinweist und die Kündigung dieses Vertrages empfiehlt.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus wird sofort nach seinem Zusammentritt ein Gesetzentwurf über die Regelung der Schulpflicht der Laubstümmen zugehen. Dieser erfolgt die Unterbringung der taubstummen Kinder auf dem Wege des Hörförgergesetzes wodurch für die Kinder schädliche Verletzungen entfallen und die Kinder sehr häufig nur eine unvollkommene Schulbildung erhalten. Die Ursache wird nun die Schulpflicht auf eine gezielte Grundlage stellen.

Zum Arbeitsplan des Reichstages. Vor einiger Zeit hat eine parlamentarische Kommission einen Arbeitsplan des Reichstages der Presse überreicht, von dem jeden Runder der Reichstages kein Kunde, daß es sich um eine völlig hilflose Kombination handelte. In diesem Sinne hat unsere Parteipresse die Tagesnachrichten auch bewertet. Wie steht die „Tägliche Rundschau“? Erklärt, hat der Reporter-Isidor an emilischen Stellen ganz besonders verschlüsselt. Die Reichsreporter richten in Liebersteinung mit der Mehrheit des Reichstages ihr ganzes Streben darauf, die Fertigstellung der Sozialprozedur, der Reichsversicherungsordnung und der Sozialbeamtenverordnung zu erzielen, schon damit die den vorigen Sommer hindurch geleistete Kommissionsarbeit nicht verloren gehe.

Kampf gegen die Schundliteratur. Von der deutschen Dichtergesellschaft wird im Winter im Reichstagsgebäude eine Ausstellung gegen Schundliteratur eröffnet. Der Zweck ist, die Reichstagsmitglieder vor der Gefahr der Rotsportromane und anderer Schundliteratur zu überzeugen. Angeht soll auch versucht werden, Stimmung für reichsgesetzliche Bestimmungen gegen volks- und jugendvergiftende Literatur zu machen.

So üblich die Bemühungen sind, liegt doch die Gefahr nahe, daß Dunkelmannerei und Eitelkeitskämpfe solchen wichtigen mit Vernunft entgegenkommen, um mit dem Schund zugleich Verwirrung zu treffen, das jener Sorte von „Eitlichen“ ein Stein des Anstoßes ist. Die Kassen warten nur auf eine Gelegenheit zur Wiederholung der lex Heinze-Verordnungen.

Die Ausstellung zeigt die Proben und durch einzelne Angaben die entsetzliche, geradezu grauenerregende Fülle volks- und jugendvergiftender Literatur. Die kurze Angabe, daß allein in Deutschland 52 Verlagsanstalten, mit denen 8000 selbständige Geschäftsteile und 30000 Kopierere in Verbindung stehen, Schundliteratur liefern, gibt schon ein trübes Bild von der Verbreitung jenes Giftes. Ganz besonderes Interesse erregen jene Proben von geleiteter Schundliteratur, die aus Armennachlässen, von Schulkindern, Fortbildungsschülern, Geschäftsbuchhändlern, Besuchern der Kasse für Obdachlose durch Einkauf gegen gute Bücher erworben wurden. Man sieht es manchen Proben an, daß jene schauerlichen Schundhefte mindestens durch Drogen von Händen gegangen. Bemerkenswert ist auch eine Sammlung von Gerichtsbescheiden, aus denen hervorgeht, daß eine ganze Reihe der schwersten Verbrechen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Schundliteratur stehen. Um den Kampf gegen die Schundliteratur unwirksam zu machen, sind, wie Proben beweisen, einige Verfallsurteile auf den schändlichen Ausweg verfallen, ihrem Verfall eine Bezeichnung zu geben, der gute Literatur erwarten läßt. („Verein zur Verbreitung guter Volkschriften“), unter dem sich aber miserabelster Unrat verbirgt. Die Ausstellung gibt auch umfangreiche Sammlungen guter und billiger Volks- und Jugendliteratur. Bedauerlich ist nur, daß man darunter auch leichte patriotische

„Heidenbücher“ findet, wenn auch nicht in allzu aufdringlicher Weise.

Nach einem Einblick in die Fülle von Schundliteratur versteht man es noch weniger, daß von bürgerlicher Seite mit solcher Wut gegen die freien Jugendorganisationen gehetzt wird, die im Kampf gegen die Schundliteratur großes geleistet und bedeutendes erreicht haben.

Gegen den Handel mit unzüchtigen Schriften. Der preussische Justizminister hat bestimmt, daß die Überwachung des Handels mit unzüchtigen Schriften vom Auslande vom 1. Januar d. J. ab allein durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I in Berlin wahrgenommen wird.

Eine „Post“-Warnung. In der „Post“ jammert ein „alter ostmärkischer Politiker“ über die nationalliberale Agitation in der Provinz Posen. In Posen ist ein nationalliberales Parteisekretariat errichtet worden; außerdem sollen die Nationalliberalen bedürftigen, für Bromberg und Neleitz-Bomitz eigene Reichstagskandidaten aufstellen. Der alte ostmärkische Politiker prophezeit den Nationalliberalen eine glatte Niederlage, fürchtet aber, daß jene Sonderkandidaturen das Deutschum zwei oder gar drei Mandate kosten würde. Es werde ohnehin schwer genug halten, den deutschen Besitzstand bei den nächsten Reichstagswahlen zu wahren. Weder die deutschen Katholiken, noch der Bund der Landwirte würden im Fall einer Stichwahl geschlossen für einen Nationalliberalen eintreten. Angeblich ist der alte ostmärkische Politiker nicht so sehr über den nationalliberalen Einbruch in Posen selbst enttäuscht, als vielmehr nur bedorgt, daß dadurch polnische Wahlkreise herbeigeführt werden.

Die repräsentativen Pflichten als Rettung. Bei der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. wurden am Dienstagabend zum ersten Male Stimmzettel benutzt. Unsere Genossen erhoben Anspruch auf den Vizepräsidenten, da sie die zweijährige Fristen haben. Da sie sich selbstverständlich nicht bedingungslos verpflichteten, alle repräsentativen Formalitäten mitzumachen, schloß sie die Stadtverordnetenversammlung vom Vorstand aus. Anstelle des Sozialdemokraten wurde ein Kommunistenradenburger als Vizepräsident gewählt.

Der Kampf gegen die freie Jugendorganisation. Zum Neujahrseste ist auch die freie Jugendorganisation in Rannenburg a. S. aufgelöst worden, weil sie angeblich politische Tendenzen verfolgte. Rannenburg war die Auflösung erfolgt, so erklärten die Vertreter der städtischen Rinder bei den jungen Leuten, um ihnen die „Eitlichkeit und Staatsgefährlichkeit“ der freien Jugendorganisation eindringlich vorzustellen.

Vom Akerprinzen. Die scharfe Tonart der Enzyklopädie an die orientalischen Bischöfe soll nach Behauptungen aus parafanatischen Kreisen dadurch veranlaßt sein, daß man im Baitan einer „modernistischen Verlesung“ auf die Spur gekommen sei, zu deren Werkzeug sich Prinz Max unterworf hergegeben hatte. Gegen die „modernistisch-christliche Verlesung“ gegen die Grundfesten der Kirche“ sei weder Jandern noch Schöpfung geraten gewesen.

Polizeiarbeit. Aus Anlaß der Londoner Polizeischlacht hat sich der „Vokal-Anzeiger“ in aufgeregter Angst vor Anarchisten an „mühelose“ Berliner Polizeifreie gewandt und dort folgende beruhigende Mitteilung erhalten: „In Deutschland mache man gegen ausländische Anarchisten sofort Front; man sei über ihre Reisen genau unterrichtet, und wenn sie über die Grenze kämen, würden sie verhaftet und unverzüglich abgeschoben. Bei Anarchisten könne man niemals wissen, wo das Gift ist, und der Anarchismus aufhöre; überall beständen sich Giftschüsseln; auch in Deutschland gäbe es Elemente, denen der Anarchismus nur zum Deckmantel für das Gift sei.“ — Schade, daß die maßgebenden Kreise nicht mitgeteilt haben, wieviel Beamte auf die „Anarchistenjagd“ geschickt werden, um die ruhigen Spieler vor Anarchistenängsten sorglich zu beschützen.

„Meuterei“. Vor dem Kriegsgericht der Landwehr-Inspektion in Berlin standen am Dienstag neun Rekruten unter der Anklage der gemeinschaftlichen Gehorsamsverweigerung. Während einer vierzehntägigen Übung im Wal mußte ein 26 Kilometer langer Marsch ausgeführt werden, auf dem mehrere Rekruten schlapp wurden. Die Schlappgewordenen hatten ohne besondere Erlaubnis einen nach Berlin führenden Straßenbahnwagen benutzt, um in die Kaserne zu gelangen. Da in der Verhandlung festgestellt wurde, daß der führende Unteroffizier seinen Befehl gegen die Benutzung des Straßenbahnwagens erteilt hatte, mußten die Angeklagten freigesprochen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Modernisteneid ist auch den Theologieprofessoren an der Wiener Universität abgefordert worden. Man glaubte, daß die Theologieprofessoren staatlicher Anstalten mit der Ablegung des Eides verweigert bleiben würden. Um so überraschender kommt deshalb die Meldung, daß alle Professoren und Dozenten der theologischen Fakultät der Wiener Universität den Modernisteneid geleistet haben. Nur einer weigerte sich, nämlich der Professor des kanonischen Rechts Dr. v. Scherer, einer der hervorragendsten Gelehrten der Wiener theologischen Fakultät.

Finnland.

Zur Russifizierung Finnlands. Aus Helsingfors wird geschrieben: Mit welcher Strenge das jüdische russische Regime in Finnland zu Werke geht, zeigt wieder die eben erfolgte Abweisung des Prokurators Sannius. Dieser Volsen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen der geistliche von allen Aemtern des Landes. Denn der Verfassung zufolge soll der Prokurator der Aker der Gelehrte sein, er hat darauf zu achten, daß die Gelehrte gehalten werden, und wie sein Vorgänger hat es auch Sannius, der erst seit dem letzten Sommer Prokurator ist, nicht unterlassen, Protest zu erheben, wenn der gegenwärtige, fast ganz aus Russen bestehende finnische Senat im Widerspruch mit der Landes-

verfassung erlassene russische Verordnungen in Kraft setzte. Eine solche Wirklichkeit ist jedoch nicht nach dem Geschmack des Generalgouverneurs Sannius, und deshalb hat Sannius das Feld räumen. Die Wahrgeltung bildet jedenfalls eine treffliche Illustration zu der herrschenden Russifizierungspolitik, die diejenigen Beamten mit Entlassung bedroht, die sich nach den Landesgesetzen richten.

England.

Wahlproteste. Bisher sind, wie aus London gemeldet wird, in zehn Wahlkreisen Proteste gegen die Gültigkeit der Wahlen eingelegt worden. Diese Proteste kommen in England vor das Gericht und werden von Richtern ohne Geschworene entschieden. Der letzte der zehn Proteste ist erst gestern eingelegt worden und zwar in dem Wahlkreis Central Hull gegen den Konserativen Sir H. King, der eine Majorität von 207 Stimmen hatte. In diesem Fall wird dem konserativen Kandidaten vorgeworfen, daß er die Wähler bestochen habe.

Bulgarien.

Die angeklagten Minister. In der Dienstag-Sitzung der Sobranje suchten die in den Anklagezustand versetzten früheren Minister die Anklageurkunden, Staatsgelder, verschleudert zu haben, zu entkräften. Der Exminister Petroff und sein Kollege Savoff erklärten, sie hätten ohne Genehmigung der Sobranje die Staatsgelder ausgeben müssen, um der Gefahr eines möglichen Einbruches der Türken vorzubeugen. Die Sobranje lehnte diesen Erklärungen keinen Glauben und beschloß einstimmig, die Anklage gegen die Minister zu erheben. Es wurde eine zwölfköpfige Kommission gewählt, die den Tatbestand prüfen soll. Die Kommission wird dann entscheiden, ob die angeklagten Minister einem Ausnahmegerichtshof überwiegen werden sollen. Darauf vertagte sich die Sobranje am 23. Januar.

Amerika.

Amerikanische Wahlkämpfe. Daß in den Vereinigten Staaten der Stimmenlauf bei den Wahlen zu den „berechtigten Eigentümlichkeiten“ gehört und von den bürgerlichen Parteien regelrecht organisiert wird, ist bekannt genug und es wird in der Regel davon wenig Aufhebens gemacht. Bei den letzten Wahlen war aber im Staat Ohio der Standaß so groß, daß die Behörden eingriffen. Bis jetzt sind in diesem Staat nahezu 1200 Mann angeklagt worden, ihre Stimme bei den letzten Wahlen verkauft zu haben, und die Zahl der noch ausstehenden Anklagen wird sich wohl auf 2000 belaufen. Die aufblühende Stadt Jefferson ist politisch „gefälscht“, da jeder Wähler im Stabskreis wegen Verkauf seiner Stimme verurteilt worden ist und für die nächsten fünf Jahre von der Wahl ausgeschlossen wurde. Die Leute dürfen weder bei staatlichen noch städtischen Wahlen ihr Wahlrecht ausüben, die Frage der Behebung der städtischen Verurteilung während dieser Zeit ist also ziemlich ernst. Man ist der Meinung, daß der Staatsgouverneur so lange die städtischen Beamten ernennen wird. Verschiedene andere Städte sind, wie aus Chicago gemeldet wird, in ähnlicher Lage; zwei haben je 100 Wähler verloren, denen gleichfalls das Wahlrecht auf die nächsten fünf Jahre für sämtliche Staats- und Gemeindegewahlen abgeprochen wurde. Ein großer Teil der städtischen Wähler kam von selbst und bestimmte, zu Wahlzeiten Entschädigungen für die Stimmabgabe erhalten zu haben.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer schändlichen Abendmahlstafel hat die Zahl der Abendmahlstafel in Sachsen gegen das Verbot um 94388 abgenommen. — Der deutsche Schalter in Tokio, Hr. v. Mumm, hat seinen Abschied eingebracht. — Die preussische Regierung will in nächster Zeit eine ganz Reihe ständlicher Ratschläge anlegen. — Die Schweizer Hollands und Oesterreichs kein Deutsches Reich in Berlin werden gemeinsam auftreten in der Beilegung der Interessen ihrer Länder. — Der akademische Rat von fünf französischen Akademikern hat sich gegen die Aufnahme einer Frau ausgesprochen. — Dieser Beschluß richtet sich gegen die beantragte Aufnahme der Madame Curie, der Entdeckerin des Radiums. — Die preussische Regierung beschloß, den in Venezuela mit Ecuador dem Dazur Schiedsgericht zu unterbreiten. — Die Verhandlungen der deutschen Partei und der Abgeordneten, um den böhmisches Landtag verhandlungsfähig zu machen, sind gescheitert. — Der russische General Schigolowski ist der Unterföhrung von zwei Millionen Rubel überführt worden. Er war Ober Ingenieurwesen in Wladivostok.

Soziales.

Bant, 5. Januar.

Schwindelkassen.

Noch immer lassen sich viele Arbeiterkreise betören, Mitglieder einer zweifelhaften Hilfskassenanstalt zu werden. Fortgesetzt warnen sogar Behörden davor. Der Regierungspräsident von Amsberg hat jetzt wieder zwei solcher Kassen aufs Korn genommen. In keiner Bekanntmachung heißt es u. a. bezüglich der Deutschen Krankenunterstützungs-Kasse (o. S.) zu Werna: „Das Kollegium des Bezirksausschusses ist nach dem bisherigen Geschäftsbahnen, dem Ergebnisse der erfolgten Konsultation, sowie nach dem Inhalte des zur Genehmigung vorgelegten Nachtrages und nach den mit solchen Hilfskassen gemachten Erfahrungen zu der Überzeugung gelangt, daß die Kasse die Förderung der Interessen ihrer Mitglieder nicht ernstlich bezweckt, sondern mehr die Vorteile der Gründer der Kasse und deren Angehörten auf Gehalt, Provisionen u. verfolgt. . . . Nach der mir vorliegenden Verhandlung über die letzte, am 9. August 1910, durch die Aufsichtsbehörde vorgenommene unermittelte Revision der Kasse betragen die Einnahmen vom Tage der Gründung d. i. am 1. Oktober 1909 bis zu diesem Tage 5425.79 M. Davon sind allein 4430.97 M. an Verwaltungskosten (2888.53 M. für persönliche und 1542.44 M. für sächliche Ausgaben) und nur 481.60 M. an Arzengeld, 13.50 M. für ärztliche Behandlung und 1085 M. für Arzneien gezahlt worden. Hiernach entfallen auf die Verwaltungsausgaben 81.67 Proz der Gesamteinnahmen. Wühn werden die Beiträge der Mitglieder nur zu einem kleinen Teile zur Erfüllung des Kassenzweckes verwendet.“

Zu der Rheinisch-Westfälischen Krankenunterstützungskasse (a. B.) zu Bochum lag der Regierungsrat einleitend daselbe, was er zu erster Kasse ausgereicht hat und bemerkt dann: „Die Beiträge der Mitglieder sind, abgesehen von fälligen Verwaltungskosten, fast ganz an die gefälligen Vorkantonsmitglieder, die General- und Unter-Agenten als deren Bezüge und nur zu einem sehr geringen Teile zur Erfüllung des eigentlichen Zweckes an die Mitglieder verwandt worden. . . .“

Obwohl welche Barmittel hat die Kasse nicht in Reue, nach der mit vorliegenden Verhandlung über die letzte — am 13. Oktober 1910 — durch die Aufsichtsbörse vorgenommene unermessliche Revision der Kasse betragen die Einnahmen 15.000,55 M., und die Ausgaben 15.084,50 M. Der Barbestand von 6.05 M. wurde durch verauslagte Kosten nachgewiesen. Von dem Gesamtausgaben entfallen auf Verwaltungskosten 1.245,05 M., Krankengeld 627,20 M., ärztliche Behandlung 106,50 M., Arznei und Heilmittel 88,40 M., Stur- und Verpflegungskosten 13,00 M., zurückgezahlte Beiträge 8,00 M., sonstige Ausgaben 2,40 M. Danach betragen die Verwaltungsausgaben allein 94,40 Prozent der Gesamteinnahme.“

Vor beiden Kassen warnt der Regierungsrat und mit ihnen um der Warnung nur anstehen.

Leider gibt es aber noch Gerichte, die diejenigen Zeitungen vernichten, die derartige Schwandellen beim rühmlichen Namen nennen. So war vor einiger Zeit die Sächsische Krankenkasse „Germania“ vom „Karlshorner Volksfreund“ einer eingehenden Kritik unterzogen. Das Blatt hatte auf zahlreiche Mithandlungen hingewiesen, welche die Hilfskassen „Germania“ als eine derjenigen Kassen kennzeichnen, die nicht das Interesse ihrer Mitglieder wahrnehmen, sondern die lediglich zu Geschäftszwecken gegründet werden. Daraufhin war der verantwortliche Redakteur des „Volksfreund“ von dem damaligen „Direktor“ der Kasse, Franz Grimm, wegen Beleidigung verklagt worden. In der ersten Instanz war der „Volksfreund“ verurteilt worden. Auf eingeleitete Berufung kam das Landgericht dagegen zu einer Freisprechung. Gegen diese hatte Grimm Revision angemeldet. Das Oberlandesgericht in Karlsruhe hat nunmehr die Freisprechung bestätigt und die Revision zurückgewiesen. Wir bringen in folgendem die Urteilsbegründung. Es ist besonders charakteristisch wegen der relativ vernünftigen Stellungnahme des Oberlandesgerichts, die Beschlüsse des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) betreffend. Es heißt da: „Dem Verhandlungsergebnis ist zuzustimmen. Nach der herrschenden Rechtsprechung, der der Senat sich von jeher angeschlossen hat, besteht allerdings ein allgemeines Recht, Unbeteiligte mit Verletzung der Ehre anderer zu belästigen, die die Presse nicht. Der verantwortliche Redakteur genießt nämlich, wie jeder andere, den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches nur dann, wenn er ein eigenes oder ein ihm wenigstens nahe angebliches berechtigtes Interesse gewahrt hat. Das ist aber hier geschehen. Es handelt sich um Mithandlungen und Vorurteile, die in einer Generalversammlung der Kasse erörtert worden waren. Die Abkommen des „Volksfreund“, die nach der Feststellung des Landgerichts zu den an dem Hilfskassenwesen interessierten Kreisen gehören, dürfen erwarten, in dem Blatt über solche, ihre Lebensinteressen berührende Vorgänge unterrichtet zu werden, um, so sehr dann, wenn die behördliche Aufsicht die Macht nicht hat, Schädigungen des Publikums durch derartige Unternehmungen zu verhindern, wie das Landgericht es annimmt. Der Angeklagte, indem er dieser Erwartung nachkam, entsprach daher einem eigenen Interesse, seinem Interesse an einer den Erwartungen der Leser entsprechenden Führung des Blattes. Der Angeklagte hat somit in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses gehandelt.“

Nach dem Gesichtspunkt des mangelnden eigenen Interesses und der rein tatsächlichen und deshalb nicht zu beachtenden Belästigung, daß der Angeklagte die Sache seiner Abonnenten nicht im Auge gehabt habe, bringt die Revision noch vor, der Angeklagte habe die Interessen der Abonnenten auch ohne Beleidigung des Privatklägers wahrnehmen können. Die Ausführungen des Landgerichts und noch mehr die von ihm in Bezug genommenen des Schöffengerichts ergeben das Gegenteil: eine erfolgreiche Warnung vor einer weiteren Gründung des Privatklägers bedingte eine moralische Reminiscenz desselben.

Daß der Artikel eine Beleidigung in der Form nicht enthält, eine solche sich aus den Umständen nicht ergibt, ist von dem Landgericht tatsächlich und ohne Rechtsirrtum festgestellt. Die Freisprechung ist daher gerechtfertigt, ohne daß es auf den von dem Schöffengericht weiter angeführten Gesichtspunkt des Interesses des Angeklagten als Mitglied einer Kasse ankommt und ohne daß es nötig sei, zu erörtern, ob das Landgericht bei der Würdigung, ob die Bemerkungen die Behauptung des Artikels sachlich richtig, nicht richtig gelehrt hat. Die Revision war daher zurückzuweisen.“

Das ist ein vernünftiger Standpunkt, und die Urteilsbegründung ist anderen Gerichten zur Beachtung zu empfehlen.

Während der Landtagsverhandlungen über die Ausführungsbestimmungen zum neuen Schulgesetz sprachen mehrere Abgeordnete mit großer Schärfe gegen die Einführung einer Simultanbildung. Alles würden sie davon abhalten, um die Konfessionsschule zu erhalten. Im Großherzogtum Hessen scheint eine andere Ansicht darüber zu herrschen, denn dort hat seit dem Bestehen des neuen Schulgesetzes die Simultanisierung der Schulen rasche Fortschritte gemacht. „Nach der neuesten amtlichen Beschreibung sind von den 387 Volksschulen bereits 306 simultan, und nur 81 evangelisch und 40 katholisch. Auch diese dürfen bald verschwinden. So viel steht bereits fest, daß mit Beginn des neuen Schuljahres eine ganze Anzahl bisher vom Kaiser Adolf-Verein und vom Bonifatius-Verein unterhaltenen Schulen eingehen, weil diesen Vereinen die Mittel für die Bewohnung fehlen. Die Regierung stellt den Vereinskassen zwar Beiträge zur Verfügung, verweigert aber entschieden jede finanzielle Unterstützung.“ — Auch

sämtliche Fortbildungsschulen und Lehrerbildungsanstalten des Landes tragen simulanen Charakter.

Die Kinderbeschäftigung und die Agitations-Kommission der Gewerkschaften in nächster Woche ihre Sitzungen ab. Und zwar findet die erste am Montag nachmittags 3 Uhr, die zweite am Dienstag nachmittags 3 Uhr statt. Die Mitglieder der betr. Kommissionen seien an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht.

Eine Schneedecke hat sich jetzt auch hier über die Erde gelegt. Es scheint, der Winter zeigt sich nun von seiner ernsteren Seite. Aus Mitteldeutschland kommen bereits Meldungen von Schneeverwehungen und Verkehrsstörungen. In Thüringen und im Harz fällt andauernd Schnee. Die Schneedecke übersteigt stellenweise einen Meter. Mehrfach sind bereits Bahnzüge ausgefallen.

Wegen verschiedener Einbrüche und Diebstehle wurden von der Strafkammer zu Würzburg der Maler Karl Jahn von hier zu 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus, der Schlosser Josef Ripp wegen Schmierens zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein dritter Angeklagter wurde freigesprochen.

Mit dem Abdruck eines neuen Romans beginnen wir in der heutigen Nummer des „Volksblattes“. Und zwar wollen wir unsere Lesern und Leser mit dem spannenden geschriebenen Roman des berühmten Reisechriftstellers Friedr. Gerhardt: „Aus dem Matroisenleben“ bekannt machen. Sollte der eine oder der andere Leser den Roman bereits kennen, so wird er sich dessen trotzdem beim nochmaligen Lesen freuen, da in ihm in hochinteressanter Weise das Leben zur See geschildert wird.

Wilhelmshaven, 5. Januar.

Von der Piele auf gedient. Wie man in der „Meerztg.“: „Das Marine-Ingenieurkorps beklagt den Verlust eines hervorragenden tüchtigen Angehörigen in dem Marine-Oberstabsingenieur Albert Rogge, der am Montag in Berlin-Friedenau nach schwerem Leiden dahingefahren ist. Er hat, im Oktober 1878 in die Marine eingetreten, in dieser von der Piele auf gedient, wurde 1886 zum Maschinenführer, 1891 zum Obermaschinenführer, im Juni 1893 zum Maschinen-Unteringenieur, 1898 zum Maschinen-Ingenieur, 1903 zum Marine-Stabsingenieur und 1909 zum Marine-Oberstabsingenieur befördert. Zuletzt war Rogge zur Dienstleistung beim Admiralsstab der Marine in Berlin kommandiert, seiner daneben im Frühjahr 1908 ins Marine-Rabbinat berufen.“ — Trotz solcher Beispiele hält man jetzt im Militärstaate alle geistig noch so Befähigten zurück; sie können in keine höhere Stellung gelangen, sofern sie nicht mindestens Einjährigere gewesen sind. Und trotz dieser systematischen Niederhaltung der unteren und mittleren Berufsständischen findet man besonders im sogenannten neuen Mittelstand noch so viele politisch Indifferenten. Man sollte meinen, ihnen müßten bald die Augen aufgehen.

Der Transportdampfer „Redar“ sollte gestern Nachmittag mit der 1240 Mann starken Abordnung für die Garnison in Tlingtau (Kaukasus) von hier in See gehen. Die Ausreise hat aber eine unliebsame Verzögerung erfahren. Der Dampfer hatte mittags die Trolsen losgeworfen, um nach der dritten Hafeneinfahrt zu gehen. Beim Vorbeigehen geriet eine Trolse in die eine Schraube. Durch die Motorschwächung geriet der schwere Kolch mit dem Bug gegen das an der Anlegestelle im Hafen weit eingebaute Bollwerk und schmitzt die starken Balken und das Gerüst bis an den Schieneneingang durch. Nach diesen Verletzungen wurde der voll beladene Dampfer nach der Hafenausfahrt gestoppt und dort wurde versucht, die Trolse aus der Schraube zu bringen, was den Tauschern erst nach langer mühevoller Arbeit gelang. Erst heute früh gegen 3 Uhr konnte der Dampfer seine Reise antreten.

Wilhelm-Theater. Gestern ging Franz Lehars Operette „Der Graf von Luxemburg“ zum zwölftenmal hier in Szene. Das Haus war wieder gut besetzt; ein Zeichen dafür, daß die Operette noch gerne gesehen und gehört wird. Gekloppt wurde wieder recht flott. Die Angabe sang Tine Aunel.

Heute gehen zwei Volksstücke in Szene: „Der zerbrochene Krug“ und „Die gärtlichen Verwandten“. Es ist ein „literarischer Abend“, der für heute arrangiert ist.

Ein großes Konzertsophon-Konzert veranstaltete gestern Abend im Saale der „Burg Hohenzollern“ die Firma H. C. Fischer hierseits. Die einzelnen Beiträge der bedeutendsten Sänginnen und Sänger, wie Emmy Destinn, Frieda Hempel, Coriolis, Jörn, Rauch usw. gab das Instrument, das trotz seiner Einfachheit einen Wert von 3000 M. repräsentiert, sehr gut wieder. Die Begleitung der Gesangsbeiträge durch die Kapelle des 2. Seebataillons war eine vornehme. Das Konzert hinterließ einen allgemein befriedigenden Eindruck bei den zahlreichen Besuchern; eine Wiederholung wäre nur zu begrüßen.

Neuengroden, 5. Januar.

Eine Reiter-Vorlesung findet am Sonntagabend 8 Uhr im Saale des Herrn Reuß statt. (S. Inserat.)

Aus dem Lande.

Oldenburg, 5. Januar.

Der Vorstand der Gesellschaftskommission legt sich nach der Neuwahl zusammen aus den Genossen J. Klein als Vorsitzender, C. Vogt als Kassierer, C. Hoffmann als Beisitzer, W. Hahn als Schriftführer. Alle Zukunfts, das Kartell betreffend, sind an den Genossen J. Klein, Ehrentstraße 14, zu richten.

Osternburg, 5. Januar.

Achtung, Glasarbeiter! Am Sonntag, 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet in der Tonhalle die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Glasarbeiterverbandes statt. Genosse Heitmann wird referieren über Arbeiterbewegung und Genossenschaftsbewegung.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Der Bahnsteig in Nordenham soll überdacht werden, doch glauben Eingeweihte, daß dies nicht vor 1912 geschehen wird, obgleich jetzt schon Aus-

messungen vorgenommen sind. — Sein Holzerkleinerer hatte in Emden der Sohn eines Handelsmannes seinem Bruder, der das Holz hielt, vier Finger der linken Hand ab. — Tot in ihrer Wohnung aufgefunden wurde in Giesfeld die hochbetagte Witwe Rükom.

Aus aller Welt.

Neue Erdgasquelle. Aus Tiflis wird geschrieben: Eine Erdgasquelle ist bei Bohrungen in einer Tiefe von 12 Metern bei dem Dorfe Horterbusch angefahren worden. Das Gas entzündete sich und brannte mit einer Feuerfäule von 5 Metern Höhe. Der Brand ist noch nicht gelöscht.

Erdbeben in Turkestan. Im südlichen Rußland, in Turkestan, hat in der Nacht zum Mittwoch ein Erdbeben Schaden und Verwüstung verursacht. In Tokhant, Wernyn, Kuligasta und andere Orten stürzten Steinhäuser ein und wurden Menschen unter den Trümmern begraben und kamen um. In Wernyn wurden bereits 40 Leichen geborgen. Einzelheiten fehlen noch, da die Verbindungen größtenteils unterbrochen sind.

Kleine Tageschronik. In dem mecklenburgischen Orte Kirch Grambow hatten sich Anaben auf das dünne Eis eines Teiches gewagt. Zwei Anaben brachen ein und ertranken. — Dem siebenjährigen Anaben eines Ippenbüchsen in Schwesime bei Hagen war das Gewehr seines Vaters in die Hände gefallen. Beim Spielen schloß er die sechsjährige Tochter des Ortsgeistlichen. — Dem als Kassierer der Spar- und Reihkassen in Gersdorf bei Hamburg tätigen Kaufmann Schweigemann fehlte bei der Revision in der Kasse 184.000 Mark. — Durch unvorsichtiges Handeln mit dem Gewehr erschloß der Jagd der Gutsbesitzer v. Jägow von Gut Vohlsig (Provinz Sachsen) einen sechsjährigen Wirtschaftsknecht. — Auf der Insel bei Rönneberg brachen drei Anaben ein. Zwei ertranken, der dritte konnte gerettet werden. — Der Provinzialrat der Kronenapotheke in Mittenstein gab für ein Kind statt Kolomelpulver Morphium. Das Kind starb. Wegen des Provinzialrat ist das Strafverfahren eingeleitet. — Wegen unglücklicher Liebe erschloß sich in Potsdam der 22jährige Lian auf, der durch die Wunde bei einem Major war. — In dem russischen Grenzort Siedisch wurde der Geschäftsführer von Wladimir erschossen und die Wohnung ausgeplündert. — In Rom herrschte am Dienstag ein heftiges Schneeregeln.

Neueste Nachrichten.

Chemnitz, 5. Januar. Die Strafkammer verurteilte einen Erpresser, der von der Gräfin Seher-Poll unter der Androhung eines Bombenanschlags eine größere Summe Geldes verlangt hatte, zu zwei Jahren Zuchthaus.

Zürich, 5. Januar. Im Gefängnis meldeten sich gestern vier Zigeuner zum Austritt ihrer mehrjährigen Gefängnisstrafe. Als der Aufseher sie mit Rücksicht auf ihre Trunkenheit warten ließ, warfen sie sich auf den Beamten und mißhandelten ihn, jedoch er von seiner Waffe Gebrauch machen mußte. Die Polizei, die man rief, hatten einen langen Kampf mit den Zigeunern, bis sie schließlich gefesselt werden konnten.

Wien, 5. Januar. Wegen des starken Schneefalls sollte eine große Zahl von Arbeitsschloß beschlagnahmt werden. Der Andrang war so groß, daß es zwischen den Arbeitern zu Kämpfen kam, denen die Polizei ein Ende machen mußte.

Brüssel, 5. Jan. Der Ausstand im Rütticher Kohlenrevier hat sich auch auf das Gebiet von Seraing ausgedehnt. Man befürchtet den Ausbruch des Generalstreiks.

Paris, 5. Jan. Der Appellationshof bestätigte das Urteil des Zivilgerichts in Reims, das den Erzbischof von Reims zur Zahlung von 500 Franken Schadenersatz an die Vereinigung der Lehrerschaft verurteilte. Der Erzbischof unterzeichnete ein Zirkular an die Bischöfe, in dem der Gebrauch gewisser Schulbücher untersagt wird.

Helsingfors, 5. Januar. Der Ausstand der Seher dauert fort. Da die sozialdemokratischen Druckereien den Forderungen erfüllt haben, haben die Papierfabrikanten beschloßen, diesen Druckereien kein Papier mehr zu liefern während des Streiks, soweit sie nicht durch Jahreskontrakt dazu verpflichtet sind.

London, 5. Januar. Es sind keine Anarchisten, welche die vier Polizisten ermordet und der Polizei das Treffen in der Sydneystraße geliefert haben, sondern Einbrecher, die auf Raub und Mord ausgehen. In der Sydneystraße herrschte gestern den ganzen Tag Ruhe. Ingesamt wurden 19 Personen verletzt, teils durch die Äußen der Belagerten, teils durch den Einsturz des brennenden Hauses. Unter den Verletzten befinden sich fünf Polizeioffiziere, ein Unteroffizier der schottischen Garde, sechs Feuerwehrlente und sieben Zuschauer. Im Hospital liegen fünf schwerverletzte Feuerwehrlente.

Newport, 5. Januar. Die Regierung hat auf Grund des Antitrustgesetzes dreizehn Dampfergesellschaften den Prozeß gemacht, weil sie angeblich gegenwärtig die Beförderung von Zwischenreisepassagieren zwischen Amerika und dem Auslande betrieben hätten. Unter den Beklagten befinden sich neben allen großen englischen und holländischen Schiffsahrtsgesellschaften auch der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie.

Auch einige Beamten der Dampfergesellschaften sind wegen Vergehens angeklagt. Die Regierung verlangt die Aufhebung der angeblich geschlossenen geschäftlichen Verträge. Solange das nicht geschehen ist, soll den Gesellschaften nicht gestattet werden, mit ihren Schiffen amerikanische Häfen anzulassen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Dieser zwei Beilagen.

Grosse öffentl. Werftarbeiter-Versammlung

am Montag den 9. Januar, abends 6 Uhr

in Sadewassers Tivoli.

Tagesordnung: Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf und die Arbeiter in den Reichsmarinebetrieben.

Referent: Bezirksleiter W. Gotthausen aus Hamburg.

Werftarbeiter! Kollegen! Da die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter außerhalb dieses Gesetzes gestellt werden sollen, gilt es, hörbaren Protest dagegen zu erheben. Darum fehlt keiner in der Versammlung!

Der Einberufer: J. Meyer.

Bauverein Selbsthilfe

e. G. m. b. H., Bant.

Einladung zu der am Sonntag den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhof in Bant stattfindenden außerordentlichen

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
 2. Anschließung an den allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften und an den Verband der Bau- genossenschaften Deutschlands.
- Die Mitglieder haben sich zu legitimieren.

Der Aufsichtsrat.

W. Wapke, Vorsitzender.

Stemm- und Ringklub Cap Horn.

Sonntag den 7. Jan., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Kaiser Wilhelm-Saal.

Der Vorstand.



Frisch auf

Neuende.

Sonntag den 8. Januar cr.
Turnfahrt (Kohlpartie) nach Zetel.
Abmarsch punkt 9 Uhr vom Eissum.

Sonntag den 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sande.

Gesangverein Freiheit

EINLADUNG

zu dem am Sonntag den 8. Jan. 1911 im F. D. Vuhischen Lokal stattfindenden

Familien-Kränzchen

bestehend in
Vokal- und Instrumentalkonzert mit nachfolgendem Ball.
Eintritt 20 Pf. Tanzband 50 Pf.
Anfang pünktlich 6 1/2 Uhr.
Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Transportable

Akkumulatoren-Batterien

werden sauber u. billig geladen.
Reparatur z. Selbstkostenpreis.
Sadewassers Elektrizitätswerk
Heppens, Gölterstraße.

Freitag und Sonnabend Extra-Preise für Konserven.

Stramme Packung. Nur letztjährige Ernte.

Junge Erbsen	2 Pfund-Dose	95	75	55	35 Pf.
Leipziger Allerlei	2 Pfund-Dose	—	90	65	45 Pf.
Erbsen mit Karotten	2 Pfund-Dose	—	90	65	48 Pf.

Brech- und Schnittbohnen	2 Pfund-Dose	26 Pf.
Wachs- und Perlbohnen	2 Pfund-Dose	38 Pf.

Spinat	2 Pfund-Dose	40 Pf.
Grosse Bohnen	2 Pfund-Dose	55 Pf.

Brechspargel mit Köpfen	1 Pfund-Dose	—	70	50	45 Pf.
	2 Pfund-Dose	130	110	90	80 Pf.

Stangenspargel	1 Pfund-Dose	88	75	65	53 Pf.
	2 Pfund-Dose	175	140	120	95 Pf.

Pflaumen	2 Pfd.-Dose	45 Pf.
Birnen	2 Pfd.-Dose	60 Pf.
Kirschen	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Erdbeeren	2 Pfd.-Dose	105 Pf.

Heidelbeeren	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Kronsbeeren	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Stachelbeeren	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Mirabellen	2 Pfd.-Dose	68 Pf.

Dosenöffner	Stück	10 Pf.
Dosenöffner	Stück	35 Pf.

Kaufhaus Margoniner & Co.

Marktsirasse 34, Telefon 518. Gölkerstrasse 8, Telefon 550.

Accum. Arb.-Radl.-Verein kehre wieder.

Sonntag den 7. Jan., abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

beim Wirt W. Eggers.

- Tages-Ordnung:
1. Jahresberichte: a) des Vor- sitzenden, b) des Kassierers.
 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
 3. Statutenänderung.
 4. Hebung der Beiträge und Auf- nahmen.
 5. Vereinsangelegenheiten.
 6. Verschiedenes.
- Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen bitten dringend

Der Vorstand.

Männer- Turnv. Vorwärts

Sonntag den 8. Januar:

Kohlpartie nach Halsbeck.

Abfahrt 9.49 morgens.
Der Vorstand.

Bürgerverein Heppens (weibl. Teil).

Sonntag den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in Sadewassers Tivoli.

- Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung.
 2. Vorstandswahl.
 3. Kommunales.
 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bürgerverein Neuende.

Sonntag den 8. Januar, nachm. 3 Uhr:

Jahres-Generalversammlung

bei Reuß in Neuenroden.

- Tagesordnung:
1. Jahres-Rollenbericht.
 2. Vorstandswahl.
 3. Verschmelzung d. beiden Bürger- vereine.
 4. Verschiedene Entwürfe.
 5. Verschiedenes.
- Sämtliche Mitglieder haben nach den Statuten zu erscheinen.

Der Vorstand.

Molton

170 cm breit, per Meter 4.50 Mk. anerkannt vorzügliche Qualität!!

Martha Kappelhoff

Ecke Deich- u. Roonstr.

Verband der

Gemeinde- und Staatsarbeiter

(Zahlstelle Wilhelmshaven.)

Freitag den 6. Januar

abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in der Bürgerhalle, Grenzstr. Wegen der wichtigen Tagesord- nung ist das Erscheinen der Kollegen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Allgem. Orls-Krankenkasse

für d. Stadtgemeinde Barel.

Heber Forderungen

an unsere Kasse erbitten wir Rech- nungen bis zum 11. d. Mts.

Höflicher, Rechnungsführer.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Sonntag den 7. Jan. 1911, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in Sadewassers Tivoli.

Wichtige Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Bürgerverein Heppens

östlicher Teil.

Sonntag den 7. Januar

abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Defens (Stadt Heppens).

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Rechnungslegung.
4. Wahlen.
5. Kommunales.
6. Fragelasten.
7. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Hausesitzerverein Heppens.

Nachruf.

Am 3. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied

Herr Fritz Lange.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Todes-Anzeige.

Dienstag nachmittag entlichet nach kurzer heftiger Krankheit unser lieber Vater, Schwieger, Großvater und Bruder, der

Juvalide Fritz Lange

im 62. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stillen Beileid an

Heppens, 4. Januar 1911

Paul Niehoff und Frau

geb. Lange.

Th. Lange und Frau =

geb. Kramke.

Karl Lange und Frau

geb. Lange.

Die Ueberführung findet am Sonntag den 7. d. Mts. morgens 7.30 Uhr, vom Trauer- hause, Raafstr. 2, aus nach dem Bahnhof Wilhelmshaven zur Einäscherung in Bremen statt.

Gedanken über Politik.

(Von Friedrich Stampfer.)
Gebiet der Politik.

Von den höchsten Fragen der Menschheit bis zur Forderung auf der Landstraße und zur Engländer der Barbierstube, von den öffentlichen Angelegenheiten des Staatsbürgers bis zu den verborgenen geschäftlichen Beziehungen der Individuen zueinander reicht das Gebiet der Gesetzgebung und damit auch der Politik. Die Politik vermag demnach alle Zweige der menschlichen Tätigkeit hemmend und fördernd zu beeinflussen, sie ist allgegenwärtig schaffend und zerstörend. Gewalt, Grundbesitz und Freiheit sind die drei Säulen des Lebens, die Politik ist die Kunst, diese Säulen zu errichten und zu erhalten. Sie durchdringt und umfaßt das Leben der Menschen in allen Regungen. Man könnte sie in gewisser Weise die Universalität des menschlichen Handelns nennen, wie die Philosophie die Universalität der menschlichen Erkenntnis.

Nichts ohne Willen!

So wenig sich notwendige Maßregeln zum Schutze der Gesundheit von selber finden, so wenig ein Zauber sich selber behält und eine Wunde sich selber schließt, kommt auch die Politik etwa von selber „aus den Verhältnissen heraus“. Diese „Verhältnisse“ müssen erst in das Bewußtsein der Menschen gelangen, sie müssen zur Vorstellung vom Gemeinwesen in Beziehung gebracht, und schließlich muß diese bloß vorgestellte Beziehung durch die Tat zur Wirklichkeit werden. So entsteht Politik als ein Triumph des menschlichen Bewußtseins über das stumpfe, bewußtlose vegetative Dasein, über den Widerstand der Materie und die Tüde des Objekts.

Klassenkampf und Klasseninteresse.

Aus der Tatsache, daß nun alle Gesellschaften als eine Geschichte von Klassenkämpfen erscheinen, dürfen wir keineswegs den voreiligen Schluss ziehen, daß nun auch jede bestehende Klasse ihr Klasseninteresse mit unheilbarer Sicherheit verteidigt. Der Prozess, durch den sich ein Klasseninteresse zu einer politischen Forderung verwandelt, vollzieht sich nicht in gradliniger Einfachheit, sondern er ist zahlreichen Schwankungen und Abirrungen ausgesetzt. Lieberhaupt ist es eine politische Tugend in seinen Anfängen großes Talent, und erst mit der zunehmenden Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge gewinnt es allmählich größere Sicherheit.

Der proletarische Humanitätsgedanke.

Es geschieht nicht zufällig und willkürlich, daß der Humanitätsgedanke der letzten Zeitgedanke eines des revolutionären Bürgerturns, jetzt des revolutionären Proletariats geworden ist. Es geschieht nicht willkürlich und zufällig, daß moralische Ideen, zu bestimmten Zeiten in das Bewußtsein von Völkern und Klassen eintretend, Flammen heroischer Leidenschaft entzünden und fieberig gebot es zu den größten Aufgaben der Wissenschaft, den verworrensten menschlichen Zusammenhängen dieser großen Elementarereignisse der Menschheitsgeschichte nachzuforschen. Nur Kinder und Toren können meinen, Gewitterstürme und vulkanische Eruptionen blühten etwas von ihrer Kraft und Erhabenheit dadurch ein, daß die naturwissenschaftliche Forschung ganz andere bewegende Kräfte hinter ihnen erblickt, als das zuckende Antlitz einer Gottheit.

Warum sind wir Demokraten?

Der arbeitende Mann aus dem Volke, dem es an politischen Privilegien und höchsten Beziehungen fehlt, um seiner Stimme im Staatsleben Gehör zu schaffen, muß sich darüber klar sein, daß er zunächst und vor allem Demokrat sein muß, wenn er an Interesse und Beteiligung am politischen Leben nicht überhaupt verzicht leisten will. Auf die politische Betätigung verzichten, heißt aber für den Arbeiter auf seine Menschewürde und seine Zukunft verzichten. Man bewerte, daß der gewöhnliche Mann aus dem Volke überhaupt keine Politik zu treiben braucht, daß er sich vollständig auf die regierende Elite und Weisheit des Monarchen, des Adels oder der Bourgeoisie verlassen darf, und man wird damit den Satz widerlegt haben, daß dieser gewöhnliche Mann, der nicht in den Privilegierten gehört und sein Schmarotzer der Privilegierten ist, vernünftigerweise Demokrat sein muß. Aber wenn politische Parteien, die nicht auf dem Boden demokratischer Grundgedanke stehen, den Mann aus dem Volke auffordern, Politik zu treiben und ihnen seine Stimme zu geben, so fordern sie ihn auf, politisch tätig zu sein, um seine eigene politische Tätigkeit ummöglich zu machen; also etwas offenbar Widersinniges zu tun.

Soziale Revolution und Demokratie.

Die soziale Revolution im Sinne der deutschen Sozialdemokratie kämpft nicht gegen die Demokratie, sondern für die Demokratie und mit der Demokratie. Sie ist nicht gleichbedeutend mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, sondern sie ändert ihre Methoden grundsätzlich, sobald sie in die Sphäre einer demokratischen Staatsordnung eingetreten ist. Hier verzichtet sie auf Anwendung der Gewalt aus Gründen nicht bloß der Zweckmäßigkeit, sondern auch der grundsätzlichen Erwägung. Sie ist bereit, zu gehorchen, sofern sie nur die Freiheit hat, zu überreden.

Evolution — Revolution.

Die sozialistische Politik kann nicht aus dem leeren Nichts eine Welt schaffen und einem Rehmülls Odem ein-

hauchen, sondern sie muß mit den natürlichen Entwicklungs-
gängen rechnen und sich von ihnen tragen lassen. Darum
ist sie „evolutionär“. Aber sie weiß auch, daß man nicht
auf die Entwicklung bauen darf, um auf die unwahrschein-
lichste Tat zu verzichten, die Felsen sprengt und Brücken
schlägt. Darum ist sie „revolutionär“. Sie muß die Er-
fahrungen nutzen, kann nur tastend ins Neue vorwärts
schreiten, sie muß Gewordenes und Gegebenes nehmen, wie
es sich bietet, um etwas anderes daraus zu formen. Darum
ist sie „reformistisch“. Aber weil dieses Neue, obgleich all
seine Bestandteile dem Alten entnommen sind, etwas von
diesem im Grundprinzip Verschiedenes sein soll, darum ist
sie auch „radikal“. Es liegt also in ihrem Wesen tief be-
gründet, daß sie zugleich evolutionär-reformistisch und radikal-
revolutionär sein muß; es ist Torheit zu glauben, sie könnte
das eine oder das andere sein, ohne sich selbst zu verlieren.

Expropriation des Expropriateurs.

Es besteht die Möglichkeit, die umfangreichen faktischen
Expropriationen vorzunehmen, ohne daß deswegen auch nur
ein Fughaß des bürgerlichen Gesetzes geändert zu werden
braucht. Genau so gut wie ein Traktat Vermögensobjekte
im Werte von Milliarden im Laufe einer kurzen Zeit den
bisherigen Eigentümern entreißen und in seinen Besitz über-
führen kann, genau so gut kann es auch der Staat.

Die Möglichkeit des einst so heilig gehaltenen Satzes
„Eigentum ist heilig!“ kann angesichts der neueren
wirtschaftlichen Entwicklung gar nicht mehr bestritten werden.

Kapitalismus und Sozialismus.

Kapitalismus ist Technik und Organisation, Sozialis-
mus ist Technik und bessere Organisation.

Die Intonanz der Schutzgötter.

Es ist ein geradezu toller Zustand, wenn die großen
Herren der Industrie und der Landwirtschaft auf der einen
Seite erklären, daß sie ohne Staatschütze nicht existieren
können, auf der anderen Seite aber jede Genehmigung der
Staatsgewalt in ihre Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse
als einen Einbruch in ihre heiligsten Rechte zurückweisen.
Gegenüber solcher Annahme, die den Staat nur als einen
Dienst kapitalistischer Sonderinteressen betrachtet, muß der
Grundgedanke aufgestellt werden, daß sich ein Gewerbe, welches
zu seiner Erhaltung die sozialistische Staatschütze anruft, da-
mit zugleich auch der staatlichen Aufsicht unterstellt. Erklärt
sich das Volk durch die Bewilligung von Schutzvollgehen
bereit, ein Gewerbe aus seiner Tasche zu unterstützen, so
muß es ganz selbstverständlich auch das Recht haben,
in die Verhältnisse dieses Gewerbes einzugreifen. Das Volk
ist bereit, Opfer zu bringen, um seine Volkswirtschaft frucht-
bar zu erhalten, und um die Arbeit zu schützen, nicht aber um
Zirkelkassierhaber und Traktanten zu mästen.

Geld der Freiheit.

Freiheit der Persönlichkeit im Sinne des Sozialismus
heißt nicht nur Freiheit von politischer Unterdrückung,
sondern auch vom Zwange materieller Not, im letzten Grunde
auch Freiheit mit dardischen Vorstellungen und Bedürf-
nissen. Dieses Geld der Freiheit ist das Ziel von Millionen
geworden, es ist darum nicht denkbar, daß es je wieder ver-
loren gehen und aufgegeben werden könnte.

Trotz alledem.

Die sozialistische Arbeiterbewegung, die in allen kapita-
listisch entwickelten Ländern der Erde um sich greift, ist
keine bloß inkonstante Revolue gegen einen als unerrätlich
empfundenes Dasein des Glucks, sondern ein auf Vernunft-
prinzipien und Erfahrungen gegründetes kulturelles Höher-
streben der breiten Massen. Eine Ausbuchtung dieser Massen
mit dem Kapitalismus ist nicht möglich, weil ihnen der
Kapitalismus im letzten Falle Brot, aber nicht Unabhängig-
keit schaffen kann. So wird der Klassenkampf zu einem
Kampf der menschlichen Vernunft gegen die Delpote
der Eigentümers. Sehr richtig ist von den Gegnern der
Arbeiterbewegung erkannt worden, daß Zugeständnisse
materieller Natur nicht imstande sind, Zufriedenheit zu er-
zeugen, denn was die Massen erstreben — Sicherheit der
Existenz, persönliche Freiheit, Teilnahme an jeglichem Kultur-
fortschritt — kann durch solche Zugeständnisse nicht erreicht
werden. Es ist der Kapitalismus selbst, der das erzeugt,
was seine Verfechter die Begehrlichkeit der Masse nennen.
Und so vollzieht sich die Entwicklung zum Sozialismus aus
den Tatsachen selbst heraus und durch Millionen mensch-
licher Akte „mit der Sicherheit eines Naturvorganges“.

Gewerkschaftliches.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe, das
im vergangenen Jahre die Beendigung der großen Bau-
arbeiterbewegung gebildet wurde, tritt am 5. Januar zum
ersten Male in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Das
Schiedsgericht besteht aus vier Unternehmern, vier Arbeitern
und drei Unparteiischen.

Der Bergarbeiterstreik auf der Grube Donnersmatt
bei Aignhof, der seit dem 3. Dezember währt, dauert un-
verändert fort. Von der 600 Mann starken Belegschaft stehen
450 im Auslande. Der Streik hat den Ausstand in
einer Schichtverlängerung von 8 auf 10 Stunden zu fuhren.
Drei Tage vor dem 1. Dezember teilte die Grubenverwaltung
den Bergarbeitern durch Anschlag dieses Anstehens mit,
nämlich, daß eine zweiwöchige Schichtverlängerung noch
dazu ohne Lohnverhöhung stattfinden soll. Alle Versuche,
zu einem annehmbaren Frieden zu kommen, scheiterten an
dem starken Willen des Berginspektors Welt, der durchaus
die Zehnstundenschicht einführen will. Die Grube ist neu,

die Arbeit überaus beschwerlich, da schlechte Luft und viel
Wasser in ihr ist. Eine Verlängerung der Schichtzeit können
die Bergarbeiter in diesem „Sausack“ deshalb schon nicht
zulassen.

Die Streikenden hatten unentwegt im Kampfe aus-
geblieben, sie nur 5 Mt. wöchentlich Unterstützung bekommen;
es sind nicht unorganisierte oder eist färglich den Verbänden
beigetreten Arbeiter. Der Streik wird vom alten Verband
(Bodum) in Gemeinschaft mit der polnischen Berufsorgani-
sation geführt.

Während sonst streikende ausländische Arbeiter aus-
gewiesen werden, weil sie „lästige Ausländer“ sind, bemüht
sich in diesem Falle selbst der Herr Amtsvorsteher um aus-
ländische polnische Arbeiter als Arbeitswillige.

Brauerarbeiterstreik in Juidau i. S. Die Arbeiter
der Vereinsbrauerei in Juidau, 63 Personen, haben wegen
Zusatzforderungen die Arbeit niedergelegt, weil die Brauereien
auf die vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband ein-
gereichten Zusatzforderungen so gut wie gar keine Zugestän-
nisse machten und von dem Vereinigen noch einiges zurück-
zogen. Nach Ausbruch des Streiks haben schon Verhand-
lungen stattgefunden. Zugug ist ferngehalten.

Aus aller Welt.

Der „gute Ton“ bei der preussischen Polizei.

Ein Vorzeile macht folgende, nicht lieblich duftende,
aber recht zeitgemäße Zusammenstellung:

Aus einer Reihe von Mosbiter Verhandlungstagen
aus dem Munde von Polizeibeamten stammt eine Auswahl
von Wendungen, wie sie von einwandfreien Zeugen als
exkulturbemühliche Meinungen, und Willensäußerungen be-
schworen worden sind. Nur eine Auswahl, zwanzig Beilen
des polizeilichen Jargons. Doch wird diese kleine Samm-
lung der Sprache der staatsbehaltenden Kräfte Preußens
nicht ohne Wert sein. Die Sammlung umfaßt folgende
Wendungen, deren Unschicklichkeit die meisten Vorhaben
von Grimms Wörterbuch bei weitem übertrifft:

1. Dumme Kaufleute, da Stroch, mach daß du weiter
kommst!
2. Was, du willst dich als Zeugen melden? Mit dem
Säbel kannst du was kriegen!
3. Haut doch die alle Sau!
4. Schweinebände, Säubande, Mäuberbände!
5. Hauen Sie die Kerls in die Fresse, daß sie stürzen
6. Haut den Hund!
7. Raus, ihr Hunde!
8. Verfluchter Hund, mach daß du wegstommst!
9. Purre, mach daß du rüberkommst, sonst kriegt du was
mit dem Säbel!
10. Siehst du, du alte Sau?
11. Verfluchtes Kack! Du Schwein geht noch nicht weg!
12. Du bide Sau, wenn du nicht schneller läufst, werde
ich dir Pfeffer und Salz in den ... einstreuen.
13. Willst du laufen, du Lump, du Stroch? Hast du
noch keine Wäsche gekriegt?
14. Die Stämme müssen wir noch räumen!
15. Du Kack! Willst du vor! Willst du vor!
16. Ihr verfluchten Hunde, wollt ihr raus!
17. Seid ihr Hunde noch nicht dreh?
18. Will er woll loofen, er aller Postpiste?
19. Schwarze Sau, mach das Fenster zu!
20. Solchem Kack möchte man sich Gefallen finden.

Zur Erläuterung dieser kleinen, unschickbaren Auslei-
se bemerkt, daß bei diesen verbürgten und beschworenen
Wendungen sich Schutzmänner, Wachmeister und Polizei-
leutnants in gleicher Weise schicklich bedient haben. Die
gemüthlich träglichen Apostrophen 1, 5 und 6 sind nach den
eidlichen Ausfagen der zuständigen Zeugen von Polizei-
leutnants ausgegangen. Um die übrigen Juwelen des
polizeilichen Sprachschatzes haben sich Polizeiwachmeister
und Schutzeleute verdient gemacht.

Die Anreden 2 und 3 sind an ein anständiges, un-
schickliches Fräulein gerichtet worden. Die Anrede 11 ist
einem friedliebenden Jahrgart, der ruhig von der Stroch-
bahn stieg, zuteil geworden. Mit den Anreden 9 (!) und
10, 12, 19 und 20 sind anständige verheiratete Frauen
beehrt worden. Die sinnige Frage 18 sollte einem alten
Mann, der nicht schnell genug laufen konnte, finstere Beine
machen. Von den Säbelhieben und andern Liebenswürdig-
keiten, die bei diesen Gelegenheiten in Anwendung kamen,
abgesehen (ganz besonders schön ist das vertrauliche Du,
daß sich die Polizei in ihrem Jargon gegen freie Staats-
bürger herausnimmt, wehe, wer es erwidert!), sind diese
exorbitanten Schimpfleistungen schon allein hoher Ordens-
auszeichnungen wert. Jagow kann auf seine Jagowitter
Stolz sein!

Ein interessanter Fund aus der Älteren Steinzeit

wurde auf einem Felde bei Hoytrup im Kreise Hadersleben
gemacht. Man fand unmittelbar unter der Blügelurde eine
große Feuerstätte und auf ihr verteilt roh bearbeitete
Feuersteingeräte wie Beile, Bohrer, Schabestücke usw., ähn-
lich denen, wie sie an der benachbarten Riste in den so-
genannten Rißjüngerröden, aus Aufschichten, Knochen usw.
bestehenden mächtigen Umwallungen von Sprickabfällen
eines Volkes aus der Steinzeit, sich vorfinden.

Schwaiger.

Freitag, 6. Januar: vormittags 4.37, nachmittags 5.11

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle in Emden: W. Haas, Große
Brückstraße 14.

*) Die hier wiedergegebenen Zitate stammen aus dem kürzlich
erschienenen Buch des Emmerich Friedrich Stampfer: Grundgedichte
der Politik. Reinstische Verlagsgesellschaft Nürnberg. Preis geb.
2,50 Mt., geb. 3 Mt. Auch in 10 Hefungen à 25 Pf.

Friedrich Menke
Reichhalt. u. billigste Bezugsquelle
Maschinen-, Motor-, Antriebsarten

Bierhalle à la Aschinger

im Anbau des
Hotels „Deutsches Haus“
Grosse Auswahl in Schnittchen.
Zum Ausschank gelangen
vier erstklassige Biere. :



Empfehle frisch vom Gang:

Dachseier Schellfisch,
Matzungen, Thullen,
Kardouneufisch, Goldbarsch,
Draffen, Seelachs,
Grüne Heringe, Muscheln,
Salzheringe, etc. Dgd. 50, 60, 80 &
Kieker Bücklinge,
ff. Räucherware u. Marinaden.

Joh. Stehnke

Dänische Fischgroßhandlung
Bant, Wilhelmsh. Str. 29.
Telephon 732.

**Presstroh
Häcksel**

offerieren waggonfrei nach allen
Stationen Deutschlands.
Gnold Tappert & Co.,
Teltow-Berlin.

Sämtliche noch vorrätigen

Damen-u. Mädchen-Hüte

werden jetzt zu ganz spottbilligen Preisen gänzlich ausverkauft.
Man wolle das Fenster beachten.

S. Schimilowitz :: Neue Strasse.

In Emden

läßt man seine Schuhe u. Stiefel
am besten u. billigsten befehlen bei
J. M. Viétor
21 Große Deichstraße Nr. 21.
Spezialgeschäft für Maß- und
Reparaturarbeiten.



Bahn-Atelier R. Zeffuss
Bant, Wilhelmsh. Straße 23.
Künstliche Zähne, Plomben etc.
Vorbereitung des Mundes
bei künstlichem Zahnersatz gratis.
Teilzahlung gestattet.

Volkstheater in Bant.

COLOSSEUM.

Sonnabend den 7. Januar,

abends 8 1/4 Uhr:

: Lumpaci Vagabundus :

oder: Das lidertiche Kleeblatt.

Restaurant zum Augustiner

Heppens, Schulstraße.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
und Sonntag:

Großes Schlachtfest.

Hierzu ladet freundlich ein Aug. Schubert.



Wir vergüten zur Zeit für Einlagen

auf Konto-Korrent-Konto . . . 4 %
bei dreimonatlicher Kündigung . . . 4 %
bei kurzer Kündigung . . . 2 1/2 %
auf Scheck-Konto . . . 2 %

Rüstringer Bank Abels & Co.

Heppens, Zedeliusstrasse 13a.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadtgemeinde Barel.

Zu Januar 1911 treten u. a. folgende Änderungen der Statuten
der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadtgemeinde Barel in Kraft:

Für die Bemessung der Höhe des Krankengeldes und der Beiträge
werden die Rassenmitglieder in 6 Klassen eingeteilt:

1. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
3 Mk. 61 Pf. oder mehr beträgt — 1. Klasse.
2. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
3 Mk. 01 Pf. bis 3 Mk. 60 Pf. einschl. beträgt — 2. Klasse.
3. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
2 Mk. 41 Pf. bis 3 Mk. einschl. beträgt — 3. Klasse.
4. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
1 Mk. 81 Pf. bis 2 Mk. 40 Pf. einschl. beträgt — 4. Klasse.
5. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
1 Mk. 11 Pf. bis 1 Mk. 80 Pf. einschl. beträgt — 5. Klasse.
6. Rassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
1 Mk. 10 Pf. und weniger beträgt — 6. Klasse.

Die wöchentlichen Rassenbeiträge betragen:

1. für Mitglieder der 1. Klasse	78 Pf.
2. " " " 2. " "	66 "
3. " " " 3. " "	54 "
4. " " " 4. " "	42 "
5. " " " 5. " "	30 "
6. " " " 6. " "	18 "

Im Falle der Erwerbsunfähigkeit gewährt die Kasse ihren Mitgliedern
vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Kalender-
tag mit Ausnahme der Sonntage ein Krankengeld und zwar:

1. für Mitglieder der 1. Klasse von 234 Mk.	
2. " " " 2. " "	1.98 "
3. " " " 3. " "	1.62 "
4. " " " 4. " "	1.26 "
5. " " " 5. " "	0.90 "
6. " " " 6. " "	0.54 "

Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein
Sterbegeld:

1. für Mitglieder der 1. Klasse von 78 Mk.	
2. " " " 2. " "	66 "
3. " " " 3. " "	54 "
4. " " " 4. " "	42 "
5. " " " 5. " "	30 "
6. " " " 6. " "	18 "

Abgründe?

Anna Klein

Wilhelmshaven :: Schneiderin :: Mühlenstr. 6.

Anfertigung von Kleidern und Kostümen, Blusen, Röden, Modernste
Ausführung, tadelloser Sitz, billige Preise, prompteste Verarbeitung. —
Modernisierungen jeder Art. Größte Auswahl in Stoffen.
Lehrmädchen können sich täglich melden. Gewissenhafteste Ausbildung
im selbständigen Zuschneiden und Garnieren.

Gänzl. Ausverkauf

des Gesamtlagers

Roonstrasse 102.

Besonders billige Kaufgelegenheit für Herrenwäsche,
Shlipse, Unterzeuge, Hosenträger, Glacé- und
Wildleder-Handschuhe, Blusen.

Damenkragen, Damen-Glacé- und Ballhandschuhe,
Fächer, Korsetts, Gürtel, seidene Bänder, Samtband etc.
ausserordentlich billig.

Der noch vorrätige Bestand an Kurzwaren, Häkel-
garnen, Maskeraden- und Besatzartikeln, Masken und
Spielwaren, angekleideten Puppen u. Wolltieren etc.
soll zu billigen Preisen geräumt werden.

G. Hitzegrad, Roonstr. 102.

Mittags von 1-2 Uhr geschlossen.

Wilhelmtheater

Donnerstag den 5. Jan.,
abends 8 1/4 Uhr:

Der zerbrochene Krug

Hierauf:

Die zärtlichen Verwandten

Sonntag den 8. Januar,
abends 8 Uhr:

Première.

Der ledige Gatte.

Neuester Operettenfolger.

Kaiser - Panorama.

— Diese Woche: —

Glatzer Gebirge.

Borzeiger dieses Infocats zahlen
nur halbe Preise.

Restaurant z. Rudelsburg

Bant, Heinestraße 1.

Sonntag den 8. Januar,

nachm. 3 1/2 Uhr:

Großer Preisfest

Hierzu ladet freundlich ein

Carl Belz.

Das elektrische Licht

Ist die bequemste, reinlichste,
feuerisichste und in gesundheit-
licher Hinsicht einwandfreieste
Beleuchtung. Bei Belagern
elektrischer Lichtanlagen erkundige
man sich über die Billigkeit
der elektrischen Beleuchtung
gegenüber jeder anderen Be-
leuchtungsart.

Der Elektro-Motor

Ist jedem anderen Motor vor-
zuziehen wegen seiner kleinen
Betriebsbereitschaft, der selbst ver-
langt nur sehr wenig Wartung
und kann von jedem Laien be-
dient werden. — In der An-
schaffung ist der Elektro-Motor
weit aus der Billigkeit und im
Betrieb außerordentlich vorteil-
haft gegenüber jedem anderen
Motor. —

Beleuchtungskörper

elektrische Bügelampen, elektrische
Rohrleuchten und Sparlampe
brennende Metallfadenlampen
werden bei uns am Lager
— gehalten. —

Installationen

werden in sauberster Ausfüh-
rung mit nur bestem Material
zu angemessenen Preisen aus-
geführt. — Kostenanschläge
und jede Auskunft kostenlos
und unverbindlich in unserem
Bureau, Bant, Cidoogelstr. 3.

Elektrizitätswerk

der Gemeinde Bant
n. der Stadt Heppens.

loge Segensquelle

Gewinne Nr.			
43	11	87	148
237	361	437	480
485	492	466	481
532	583	603	680
692	700		

abgehoben Peterstraße 14 in

Milchhofstr. Restaurant.

Billetblocks bei Paul Hing & Co.

Aus dem Lande.

Jezer, 5. Januar.

Der Bund der Landwirte gab Dienstag abend im Hotel Eibrotherg eine Vorlesung. Die auftretenden Redner waren die Landtagsabgeordneten Hadden, Müller-Ruhhorn und der Gauleiter der Provinz Hannover, ein Herr Brochhaus. Herr Hadden führte den Vorsitz und sagte über die unbedachten Angriffe, die der eide Bund der Landwirte von den Sozialdemokraten und den Liberalen erlitten müsse. Jeder Beschreibung spottete das Meistende, das er zu erdulden habe. Seine Hauptgegner seien der Hanlabund und der Bauernbund. Diese beiden hätten wohlgefillte Rassen. Darf sei das einzige Gute an ihnen. (Dieses Gute möchte Herr Hadden den beiden wegnemen; er kam es nur nicht. Darum diese Tränen! Anmerkung des Sprechers.) Wo der Bauernbund das Geld her habe, das müsse man nicht. Da seien Mitglieder doch auch alle „arme Romade“ seien wie die Jesuiten. (Anmerkung des Sprechers.) Wo der Bauernbund das Geld her habe, das müsse man nicht. Da seien Mitglieder doch auch alle „arme Romade“ seien wie die Jesuiten. (Anmerkung des Sprechers.) Wo der Bauernbund das Geld her habe, das müsse man nicht. Da seien Mitglieder doch auch alle „arme Romade“ seien wie die Jesuiten. (Anmerkung des Sprechers.)

Nach Brochhaus kam Müller-Ruhhorn. Der machte den Jesuiten den Vorwurf, daß sie in ihrer Bedrängnis durch die Sozialdemokratie nicht gegen diese sich wende, sondern noch mehr als diese gegen den Bund der Landwirte gehe. Im Jeverland sei, trotzdem hier die Bewegung für den Bund der Landwirte begonnen hätte, die Zahl der Mitglieder leider nicht gestiegen. Mehrere macht auch darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre die Landtagswahl und die Gemeinderatswahlen stattfinden. Er bitte die Anwesenden vor allen ihnen Freund haben wieder zu wählen, denn dieser sei seine zuverlässigste Stütze. Im Landtag gebe es zwei Hauptströmungen, die agrarisch-konservative (warum verleiht Müller in Jezer keine ulamontanen Freunde? Anmerkung des Sprechers) und die liberale. Tagelange gebe es noch „Schwanken und Geiraten“, die aber gerade ausschlaggebend seien und dem Lande die Vollkraft geben. (Ob er dabei nicht an den Abgeordneten Herdes gedacht hat? Anmerkung des Sprechers.) Was dann noch kam war Wahrsagerei und Vismörchen. In der Diskussion verteidigte der Herr Oberlehrer Ommen die Liberalen. Man konnte ihm anmerken, wie schwer es ihm wurde gegen die Demagogen vom Bunde der Landwirte aufzutreten. Er erklärte es auch nur aus dem Grunde zu tun, um den Hadden und Konforten nicht den Schein des Rechts zu gewähren, zu behaupten, er habe gekniffen. Wenn man sich nun fragt: Weshalb reden die Agitatoren immer in der Stadt Jezer und nicht in Waddewarden oder Hohenkirchen, so kann man seinen anderen Grund finden als den, daß sie erwarten in Jezer wenigstens ein Auditorium zu finden, das ihnen auf dem Lande fehlt. Es ist auch möglich, daß sie hoffen in Jezer unter den Grovater Schreiber und Handludmacher Anglistenmitglieder zu gewinnen, deren Geld ja doch kein Blech ist. Und wenn sie heute noch die Sammelkompete im zweiten Oldenburger Wahlkreis blasen, so tun sie es nur, um den liberalen Whilistern Angst einzujagen vor der Sozialdemokratie. Sie stellen, wenn auch noch verblüfft, für die Stichwahl ihre Wahlhilfe in Aussicht, um jene zu verpflichten. Im ersten Wahlkampf ihnen zu helfen, wenn die Wähler, was sie hoffen, dort mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen. Man kann sicher annehmen, daß auch bei den nächsten Wahl die Müller und Konforten vor der Verlegenheit bewahrt bleiben, mit dem Sozialdemokraten im 1. Oldenb. Wahlkreis in die Stichwahl zu kommen.

Varrel, 5. Januar.

Achtung, Hundebesitzer! Die Hunde müssen bis zum 1. Februar bei den Bezirksvorstehern angemeldet werden. Wer die Anmeldung unterläßt, hat Strafe zu zahlen. Auch derjenige, der seit Jahren einen Hund besitzt und versichert, ist zur jährlichen Meldung verpflichtet.

Borgstede, 5. Januar.

Konfirmanden-Aussteuer. Aus der Willhien Stiftung können einige arme Konfirmanden, vorzugsweise solche aus der Bauerschaft Wilschden, ausgestattet werden. Diejenigen, die sich um eine Beihilfe aus dieser Stiftung bewerben

wollen, haben sich bis zum 20. Januar im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers zu melden.

Oldenburg, 5. Januar.

Dürfen Lehrer Mitglied der Gemeindevertretung sein? Mit der Beantwortung dieser Frage wird sich das Oberverwaltungsgericht am 12. Januar zu beschäftigen haben. Bisher hat das Verwaltungsgericht Barel entschieden, daß Lehrer Vape-Deimhorst Mitglied des Stadtrats sein dürfe. Gegen diese Entscheidung hat das Ministerium des Innern Einspruch erhoben.

Zur Deckung des Bedarfs der Brandkasse wird vom Ministerium ein Beitrag von 60 Pf. für jede 300 M. des verbleibenden Werts der Gebäude ausgeschrieben. Die Großherzoglichen Rentier — ausschließlich Jezer und Hohenkirchen — und die Stadtmagistrate zu Oldenburg, Barel und Deimhorst haben wegen dieser Ausschreibung die erforderlichen Befähigungen zu erteilen und die vorchriftsmäßige Berechnung binnen 14 Tagen der Brandkassenverwaltung einzusenden.

Norden, 5. Januar.

Der sozialdem. Wahlverein hält am Sonntag nachmittag 4 Uhr im Wälderden Lokale eine Versammlung ab, für die eine wichtige Tagesordnung vorliegt. Es wird vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Bremershaven, 4. Januar.

Ladung geborgen. Aus dem spanischen Dampfer „Niola Mendt“, welcher während stürmischer Witterung am 16. Dezember bei Amrum strandete, ist ein Teil der Ladung in Schlepplöße geborgen und in beschädigtem Zustande in Bremershaven gelandet. Dem von Wilmington nach hier bestimmten, mit 13 508 Ballen Baumwolle beladenen Dampfer, wurde die Fahrt durch die im Dezember aufgetretenen Stürme arg erschwert; ein Teil der Beladung hat in Rettungsbooten das Schiff verlassen. Wie verlautet ist die noch im Dampfer befindliche Ladung unbeschädigt, da bis jetzt kein Wasser in den Schiffsraum eingedrungen ist.

Gerichtliches.

Die Sittlichkeit auf dem Lande. Es ist keine Seltenheit, daß auf dem ländlichen Lande das Dienstpersonal beiderlei Geschlechts in einem gemeinschaftlichen Raum nächtigen muß. Ein für die sittlichen Begriffe bezeichnender Zustand aber ist es, daß ein 13-jähriges Mädchen genötigt war, bei einem 24-jährigen Bauern in eine Kammer zu schlafen, wie das in Büttenberg (Wittichanten) geschah. Rummehre Hand dieser Bursche als Angeklagter vor dem Landgericht Albernberg. Er soll verschiedene unzüchtige Angriffe während der Zeit, in der er und das 13-jährige Mädchen die Kammer gemeinschaftlich teilten, begangen haben. Jedoch ist es durch das energische Strahlen des Mädchens beim Versuch geblieben. Der Angeklagte war damals bei seinem Bruder in Dienst, ebenso das 13-jährige Mädchen. Nun verprügeln die Familienglieder, das junge Mädchen als moralisch defekt hinzustellen. Das Gegenteil wurde aber von Unbeteiligten nachgewiesen. Der Angeklagte verurteilt die Vorgänge anfanglich ganz zu leugnen, dann stellte er die Sache so hin, als ob das Mädchen ihn verleitet hätte. Sein Verteidiger plädierte auf milde Umstände im weitesten Sinne, weil der Angeklagte noch nie verurteilt war und ihm das Mädchen geradezu präsentiert habe. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis. Beim Strafausmaß wurde zugunsten des Angeklagten berücksichtigt, daß ihm die Sache sehr leicht gemacht war.

Aus aller Welt.

Der prinzipal geräufelte Theaterkritiker. Aus Kiel wird geschrieben: Ein interessanter Zwischenfall hat sich am Freitag abend bei der Aufführung der „Rinder“ ereignet. Prinz Heinrich von Preußen, der ein eifriger Theaterbesucher ist, ließ in der Pause nach dem ersten Akt den bekannnten, in einem großen Teile der Bevölkerung wenig geschätzten Kritiker der „Kielischen Nachrichten“, Herrn D. Metelmann, zu sich bitten. Mit der Brust voll schnellender Erwartung stieg der Herr die Treppen hinauf, sich im Geiste wohl schon ausmalend, was für eine Kellame sich aus dieser Audienz bei einem Prinzen schlagen ließ. Aber der Herr wurde bitter enttäuscht, es kam nicht so, wie er sich dachte. Statt der erhofften Laufzettelchen wurden ihm vom Prinzen Vorwürfe zuteil, daß er durch seine ungünstigen Kritiken das Publikum vom Theaterbesuch abhalte und dadurch die schlechte finanzielle Lage, in der das Theater sich befinde, mit verfühle. Die bürgerlichen Blätter Kiels haben in dieser Verärgerung über den Vorfall sich zu einem zahmen Protest gegen diese Einmischung des Prinzen in das Recht der Presse aufgeschwungen, verdienen aber in diesem Falle keine besondere Sympathie, weil ihr Vorgehen gegen die Theaterleitung, offenbar auch nur von einer bestimmten Clique, die die Übernahme des Theaters in städtische Regie hinterstreben will, beeinflusst ist. Daß Prinz Heinrich seinem ersten Besuch jetzt auch in der Kunstkritik Konkurrenz macht und sich gerade das Blatt für Hoffentlich zum Opfer aussucht, ist der Humor von der im übrigen höchst belanglosen Geschichte.

Verurteilter Heiratschwinder. Ganz besonderes Aufsehen erregte in Albernberg eine dreitägige Verhandlung der Strafkammer gegen einen, wie der Staatsanwalt sich ausdrückte, in seiner Art einzig dastehenden Heiratschwinder. Der Kandidat der Medizin Erich Christen hatte sich nach und nebenher mit sieben Mädchen aus guten Familien verlobt, um ihnen oder ihren Eltern je einige Tausend Mark abzuschnapeln, die er zur Befriedigung seiner „noblen Val-

tionen“ verwandte. Er gab vor, im medizinischen Staatsexamen zu stehen und unmittelbar nach dessen Bestehen die Übernahme einer auskömmlichen ärztlichen Praxis in Aussicht zu haben. Auch liehe ihm ein Kapitalvermögen von „sechzig“ oder „siebzigtausend Mark in Aussicht, und zur Bezahlung einiger alter Verbindlichkeiten gebrauchte er im Augenblick ein paar Tausend Mark. Indem er sich so als „glänzende Partie“ hinstellte — auch durch Zeitungsinserate ludte er als „angehender Arzt“ heiratsuchende Mädchen —, demog er in vielen Fällen auf die Verlobung ihrer Töchter bedachte Eltern, ihre Ersparnisse herzugeben, um sich dem glänzenden Freier zu sichern, der dann gewöhnlich alsbald nach dem Empfang des Geldes unter allerlei Vorwänden sich unfehlbar machte. Natürlich machte es ihm nichts aus, mehreren solcher Bräute zu gleicher Zeit das Heiratsgut zu versprechen. Mit dem erscheinenden Geldes unterließ er eine Tingeltangel-Dame und einen Wartfall. Die Strafkammer erkannte gegen den Schwindler auf fünf Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

Versteinsfunde an der Elbe. Aus Rönneburg wird geschrieben: Die Steininsensuche an unserer Samlandküste ist mitunter noch recht ergiebig und wirft den anwohnenden Bürgern ansehnlichen Gewinn ab. So war die Ausbeute an Steinins nach den Stimmestagen der letzten Wochen an manchen Orten recht erheblich. Das Strandwägen hat diesmal am besten abgeschnitten. Der Erdbis für den abgelieferten Steinins betrug rund 3000 M. Einige Finder haben 300 M. und darüber erhalten.

Ein Ministersohn als Falschmünzer. Aus dem Bahnhof Saragosa wurde der Sohn eines ehemaligen spanischen Ministers verhaftet, weil er falsche fünfzig-Pesetascheine in den Handel zu bringen suchte. Die falschen Banknoten waren so täuschend ähnlich nachgemacht, daß sogar Bankbeamte sich davon täuschen ließen und sie anstandslos in Zahlung nahmen. Es scheint, daß diese Verhaftung im Zusammenhang steht mit den jüngst entdeckten Falschmünzwerkstätten in Barcelona und Valencia.

Das Kaiserhoch.

Die Beisitzer der Studenten
Umarmung leidend — wech ein Graus!
Das Geheimnis ihrer Reuten
Blaubert er gemächlich aus.

Gegen alle guten Sitten
Zeit er schamlos und gemein
Von Lantieren und Profitten
Den beliebten Heil'genheim.

Ellemdenaffektierend Leipzig,
Hort für Monarchie und Stat.
Reine deutsche Mäde stäubt sich
Ueber solcher Nüchternheit.

It in Dänemark was Haules,
Doch ein kräftig Kaiserhoch
Aus des Parteinemdes
Schlendernden Vorkammler.

Ja, Professor, ich, Herrlich,
War der Held in diesen Strauch.
Dachte: „veni, vidi, vici!“
Und da lag ich schon hinaus.

Tod der Unst folgt die Rache
Auf des Schicksals schneller Rache.
Denn für meine gute Sache
Trat Berlin an zur Mauer.

Wo an Fichtes Stelle Roethe
Freiheit mit Dreyer veranlagt,
Reimt man des Beamten Räte,
Der verprügelt nach oben blut.

Einen Keler leh' ich finden —
Kasse zwei, vielleicht auch drei —
Und es jubelt alle Finzen:
„Hipp! Hurra! Der Bursch' ist frei!“

(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Aus dem Parteisekretariat.

Die in den Gemeindevertretungen tätigen Parteigenossen seien wiederholt auf die im Verlage der „Vorwärts“-Buchhandlung erscheinende „Kommunale Praxis“ hingewiesen. Jeder sozialistische Kommunalpolitiker sollte auf diesen wertvollen, praktischen und theoretischen Wegweiser auf dem schwierigen Gebiete der Kommunalpolitik abkommen sein. Jetzt am Quartalsbeginn ist die beste Gelegenheit auf ein Abkommen. Die Ortsvereinsvorsitzenden wollen eine erneute Umfrage veranstalten, in wieviel Exemplaren die „Kommunale Praxis“ von den sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern gelesen wird und darüber baldigst an das Parteisekretariat berichten.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 4. Januar.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Rpold. Barbarossa, nach Australien, heute von Genua ab.
Veld. Bremen, von Australien, heute von Port Said ab.
Veld. Breslau, nach Baltimore, heute in New York angekommen.
Veld. Bremen, nach Ostafrika, heute von Hamburg abgegangen.
Veld. Gesele, von Brasilien, heute von Kilmann abgegangen.
Rpold. Gilden, von Ostafrika, heute von Kilmann abgegangen.
Veld. Kilmann, von Ostafrika, heute in Suva angekommen.
Rpold. Prinz Eitel Friedr., nach Ostafrika, heute in Suva an.
Veld. Elgmaringen, von Kapstadt, heute von Antwerpen ab.
Veld. Wüzburg, nach Brasilien, heute von der Weier ab.
Rpold. Nord, nach Ostafrika, heute von Southampton ab.

Die Zentralbibliothek Bant, Fietzstraße 20, ist geöffnet Mittwochs und Freitags abends von 7½ bis 9 Uhr und Sonntags vormittags von 11 bis 12 Uhr.

Aus dem Matrosenleben.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Nachdruck verboten.)

1.

An Bord.

„Kapitän an Bord?“ fragte am Morgen des 2. August ein sonnengebräunter dreißigjähriger — Herr, muß ich sagen, denn er hat wenigstens in seinen Zuckeleiden, trug einen hohen schwarzen Seidenhut und seine Wäsche. Seine breiten braunen Ärmel, die allen Glockenschlägen ingrimmig Trost boten und ihrem Eigentümer in jeder anderen Kleidung gewiß Ehre gemacht hätten, ließen aber weit seltener auf einen Adelsmann als auf ein Mitglied der „höheren Klassen“ schließen, und doch schien er zu denen zu gehören, oder er rechnete sich wenigstens selbst dazu.

Der Fremde stand in einem der gewöhnlichen Bootboote von Sines und hatte die Füllkreise der herunterhängenden Schiffsteile gefaßt, während er zu dem über Bord lehenden Steuermann als auf ein Mitglied der „höheren Klassen“ schloß, und doch schien er zu denen zu gehören, oder er rechnete sich wenigstens selbst dazu.

„Na, an, Sir,“ lautete die fernmännliche Antwort; der Fremde sprang auf die Leiter und ließ, nach ein paar mit den Bootsruten gewechselten Worten, die ihr kleines Fahrzeug gleich darauf festmachen und seine Rückkehr zu erwarten schienen, an Deck.

Das Deck des „Pelikan“ bot nichts Außergewöhnliches dar. Die Leute waren teils beschäftigt, von dem am anderen Bord liegenden Wasserfall einzunehmen, teils hier und da Kleinigkeiten am Tauwerk auszubessern oder auch ausgebeizt zu werden. Der Zimmermann kalibrierte das Deck, und die monotonen Schläge seines hölzernen Hammers waren fast das einzige Geräusch an Bord, so still und ruhig ging alles zu.

So beschäftigt übrigens die ganze Mannschaft auch mit dieser oder jener Sache schien, denn selbst der Mate oder Steuermann war dabei, die Vogeleine auszumessen und neu zu mäßen, so häufig fanden sich zwei junge Leute die Sache an, die ruhig an Deck auf- und abgingen und nur dann und wann bei einer oder der anderen Gruppe stehen blieben, einmal nach dem Boot hinuntersehen, und ihre Wanderung langsam wieder fortsetzten. Sie trugen leichte Sommerhosen, kurze, dünne Jacken und einen breitrandigen Strohhut von sogenannten cabagelack (der Kopfpalme), um den ein breites schwarzes Band befestigt war mit dem gelb darauf gemalten Worte „waterpolice“.

Der Fremde ging nach einem flüchtigen über Deck geworfenen Blick, der zum größten Teil dem Tafelwerk galt, nach hinten und stieg, ohne einen von den Leuten weiter zu grüßen, die Kajütsstreppe hinunter.

„Kannst du den?“ fragte einer der Polizeileute den Anderen.

„Nein,“ sagte der Gefragte, „weißt du, wie er heißt?“

„Wißt wohl noch keine Mannschaft machen,“ lachte der Erste — „es ist Kapitän Dillitt vom Boreas und will nach Calcutta.“ — Das Schiff ist auf Dienstag angelegt.

„Noch niemand fortgelaufen von den Leuten?“

„Noch nicht, aber wie ich gesehn gehört habe, wollen sie morgen fort.“ — Ich kann's leicht hintertreiben, damit ist uns aber nicht geblieben. — Es sind Ausländer, der größte Teil wenigstens von ihnen, und wenn erst einmal eine tüchtige Belohnung auf sie gesetzt ist, wollen wir sie schon wieder kriegen.

„Wo gehen sie denn gewöhnlich Abends hin?“ fragte der Zweite.

„Ja, halt Du sie schon im Auge gehabt?“

„Oh, schon seit acht Tagen — sie sind bis jetzt meistens im „Elephanten“ in Pittstreet, und ein paar Mal auch in einer von den Kneipen in Rensfield gewesen; es scheint aber, daß sie sich jetzt weiter hinaus in Pittstreet gezogen haben. Es sind teils Franzosen, teils Deutsche und nur vier Engländer an Bord, und dort oben herum wohnen Einzelne von ihren Landsleuten.“

„Die werden sie dann aber auch nicht verraten wollen,“ meinte der Zweite, der noch nicht lange in seinen jetzigen Posten eingetreten war.

„Nicht verraten?“ lachte der Erste; „laß nur erst einen tüchtigen Beiß darauf stehen, dann ist mir vor dem Verraten auch nicht bange. Derart Leute wollen Geld verdienen, und die Art, wie das geschieht, ist ihnen gewöhnlich verdammt gleichgültig, wenn ihnen nur die Polizei nichts dabei anhaben kann.“

Kapitän Dillitt war indessen, während dies für ihn so wichtige Gespräch an Deck verhandelt wurde, in die Kajüte des Pelikan getreten und hatte mit dem am Tisch sitzenden Kapitän die ersten Begrüßungen gewechselt.

„Wo morgen wollen Sie fort?“ fragte er. „Wie ich sehe, haben Sie Polizei an Bord. Fürchten Sie, daß Ihnen noch Einige von Ihren Leuten weglassen sollten?“

„Ja und nein,“ antwortete Kapitän Howell vom Pelikan. „Der Herr trau den Schuten. — Sie werden auf meinem Schiff so gut behandelt, wie kaum auf einem andern. Kein hartes Wort wird zu ihnen gesprochen, keine unnütze Arbeit wird von ihnen verlangt, mein Mat ist ein sehr ruhiger, ordentlicher Mann, und das Essen ist ebenfalls gut und nahrhaft; in der Kajüte können sie sich also über nichts beklagen. Das vermißte Gold steht ihnen aber darum nicht minder im Kopf — der große Klumpen hat ja ganz Sines verdrängt gemacht, warum nicht auch meine Leute, und mit allen möglichen Schwindelen werden sie überdies noch, sobald sie nur einmal den Fuß an Land setzen, von allen Seiten belästigt. All die sogenannten „Schlaflosen“ gehen ja darauf aus, sie von den Schiffen abzuladen. Hat so ein Reiz sie dann in den Klauen, dann zieht er sie aus bis auf den letzten Faden Kleidungsstücke

oder auf den letzten Penny an Geld und verkauft sie dann wieder an ihr altes Schiff oder an irgend ein anderes — ihm gleich, wenn er nur seinen Verstand daraus zieht. Das wollen aber die Leute nicht einsehen, und wenn sie auch tausend solcher Beispiele hören, so halten sie sich selber doch immer für klüger und denken, sie werden es schon bald machen. Um mich deshalb vorzulegen und nicht im letzten Augenblick etwa noch liegen zu bleiben, hab' ich lieber das Geld angewandt, mir die Polizei aufs Schiff zu nehmen, bis ich absehe, und ich glaube, das Geld ist nicht gerade unnütz ausgegeben.“

„Wie viel zahlen Sie für die Polizeiausicht täglich?“ fragte Dillitt.

„Für jeden Mann eine Guinee“, erwiderte der Kapitän des Pelikan, „es ist teuer, läßt sich aber doch nur einmal nicht ändern.“

„Eine Guinee?“ rief Dillitt erstaunt — „na, da dank' ich. Daffur kann ich meine Leute selber bewachen. Ueberdies halt' ich gar nicht so viel von dem, was Sie auf See „gute Behandlung“ nennen. Die Leute müssen natürlich ihr ordentliches Essen und Trinken, ihren Brandi oder Rum haben, nachher aber auch wissen, was sie vor sich sehen, und ich für meinen Teil habe wenigstens stets mit Strenge mehr ausgerichtet, als mit Güte und Jurenden. Sie wollen wahrhaftig gar nicht gut behandelt sein und lassen einen nur daffur hinter dem Rücken aus. Wenn ich nur mit den Augen blinke, wissen sie schon, was die Götter geschlagen hat, und Gnade Gott dem, der da noch muß. — Sie mühen aber auch nicht.“

Der Steuermann, der Wein und Gläser auf den Tisch gesetzt hatte, sah den Sprecher mit einem halb verächtlichen, halb höhnischen Lächeln von der Seite an, war aber gleich wieder ernsthaft, als dieser zufällig zu ihm aufschaute.

„Und wann gedenken Sie zu segeln?“ fragte Kapitän Howell den Anderen, „Sie liegen am Slip, nicht wahr?“

„Ja, am Potent Slip, Montag Morgen will ich die noch übrigen Pferde einnehmen, und Dienstag Morgen leg' ich in die Bai hinaus — ist der Wind gut, so geh' ich noch Dienstag abend, oder spätestens Mittwoch Morgen in See.“

„Weggelaufen ist Ihnen noch keiner von Ihren Leuten?“

„Nicht ein einziger,“ lachte Dillitt, „ja, sie haben zu viel Respekt. Sie wissen recht gut, wieder krieg' ich sie doch, und nachher ging's ihnen erbsinnlich.“

„Mit dem Wiedererlangen ist es aber doch eine mühselige Sache“, sagte Howell kopfschüttelnd, „und ich würde mich an Ihrer Stelle nicht zu sicher darauf verlassen. Aber wenn auch, ich sehe den Fall, Sie bekommen sie, mit hoch darauf gestellten Belohnungen, wirklich wieder: kostet Sie das weniger als die paar Pfund Sterling, die Sie jetzt an die Polizei ausgeben?“

„Das kostet mich gar nichts“, lachte Dillitt; „das versteht sich doch von selbst, daß die ausgelegte Belohnung für das Einfangen die eingelangenen Schiffe auch selbst bezahlen müssen, und daffur hab' ich schon gesorgt, daß sie dazu noch alle genug Guthaben.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wie sich die englische Gesellschaft berauscht.

In den medizinischen Zeitschriften Englands mehren sich in erschreckender Weise die Anzeigen von Heilstätten, die sich als Hotels oder Erholungsanstalten ausgeben, während sie in Wahrheit Giftentziehungsanstalten für Morphinfresser, Opiat- und Rauschtrunktrinker sind. Wir sehen in der englischen Gesellschaft die Sitte (oder eigentlich Unsitte) eingedrungen, sich mit Morphinum, Kokain, Chloroform und andern gefährlichen Giften zu betäuben, schreibt eine englische Wochenzeitschrift, deren Angaben einen ziemlich zuverlässigen Eindruck machen. Nach den Erzählungen der Apotheker und Drogisten, die diese Stoffe verkaufen, sind es hauptsächlich geistliche Arbeiter, Ärzte, Schriftsteller, Schauspieler und Politiker, vor allem aber die Damen der Gesellschaft, die diesen Giften fröhnen. Sie berauschen sich mit Morphinum, mit Kokain, Strichnium, Atropin, Kether und einem Chlorodion genannten Gift. Es scheint, als ob die verschiedenen Berufe ihre Spezialgifte haben. Am häufigsten, so erzählt ein Apotheker im Londoner Westend, wird Morphinum gekauft; Schauspieler ziehen Kokain vor, Offiziere Strichnium oder Atropin, während sich die vornehmen Damen an Chlorodion halten. Eine wirkliche Ueberflut über die Menge Gift, die ein einzelner Kunde des Apothekers verbraucht, ist schwer zu bekommen, denn diese Art, sich zu berauschen, hält jeder natürlich streng geheim, und so kauft er seine Gifte abwechselnd bei einer ganzen Reihe von Apothekern. Doch soll es Rauschtrunktrinker geben, die täglich Mengen dieses Giftes verbrauchen, die bis zu zehn Schillingen kosten. Der Rauschtrunktrinker ist mehr in Irland verbreitet, und zwar, weil Kether ziemlich billig ist, nicht nur in der Gesellschaft, sondern erst recht in den ärmeren Klassen. Für ein paar Pfennige kann man sich mit Kether berauschen und das Beste daran (nach Ansicht des Rauschtrunktrinkers wenigstens) ist, daß man bald wieder erkrankt wird und sich so mehrmals an einem Tage den Genuß eines tüchtigen Rauschtrunkers verschaffen kann. In Irland ist unter den Landknechten übrigens auch Opium und noch mehr Laudanum im Gebrauche. Die Landknechte gewöhnen sich von früher Jugend an den Genuß des Laudanums und trinken später dieses Gift in solchen Mengen, wie ein Trinker etwa Schnaps oder Whisky zu sich nimmt. Chlorodion ist besonders deswegen beliebt, weil man es ohne ärztliches Rezept kaufen

kann. Dieses Gift findet sich auch vielfach unter dem Namen der Mittelkassen verbreitet. Die Opfer all dieser Gifte sind mitunter sehr erfindungsreich in der Art, ihre Koster zu verbergen. Die nächsten Verwandten eines Rauschtrunktrinkers merkt oft nicht, daß er an Armen und Beinen kleine Wunden trägt, die von der Injektion des Rauschtrunkers stammen. Der Kether wird nicht getrunken, sondern eingeatmet. Ein Londoner aus der vornehmsten Gesellschaft pflegte sich täglich mehrmals mit Kether zu berauschen, ohne doch irgend jemand es merkte, und zwar tat er das schon Jahre hindurch. Er benutzte dazu eine Droschke. Beim Beginn der Fahrt ließ er etwas Kether auf sein Taschentuch. Ist der Kausch verlogen, so läßt er die Droschke vor der nächsten Drogerie halten, kauft neuen Kether und verpackt sich einen neuen Ketherausch.

Stoffe und Körper.

Die Hauptaufgabe eines jeden Unterrichts ist die Entwicklung klarer Begriffe; trotzdem werden nicht nur die Erwachsenen verwandte Begriffe oft miteinander verwechselt. In den meisten naturwissenschaftlichen Lehrbüchern werden so die beiden Begriffe Stoff und Körper nicht scharf auseinander gehalten. Sehr oft liest man: Es gibt feste, flüssige und luftförmige Körper; oder: Zu den Körpern, die eine überaus wichtige Rolle im Leben der Tiere und Pflanzen spielen, gehören die verschiedenen Zuckerarten; oder: Die Gase reagieren außerordentlich leicht mit den Halogenen etc.

Wenn man sagt man Körper und wann Stoff? Der „Kosmos“ — Handwörter für Naturfreunde — bringt darüber in seinem neuesten Heft einen recht interessanten Artikel, den wir hier wiedergeben.

Wenn sich jemand einen Augenblick läßt, muß er einen Körper haben. Daß hier das Wort Körper falsch angewendet ist, wenn man meint, daß zu einem Augenblick ein Luftstoß nötig ist, ist leicht einzusehen. Ein Augenblick kann aus verschiedenen Stoffen gemacht werden, aus Wolken, Baumwollstoff, Leinwandstoff etc. Stoffe, aus denen Schuhe und Stiefel gemacht werden, sind: Leder, Segeltuch, Gummi, Holz etc. Aus welchen Körpern besteht ein Streichholz? Ein Streichholz besteht aus folgenden Stoffen: aus Holz, Schwefel, Phosphor, chloraurem Kali etc. Welche Stoffe muß man haben, um einen Augen zu brennen? Mehl, Milch, Salz, Zucker, Butter und Eier! Gehören die Eier wirklich zu den Stoffen? Nein! Das Eiweiß und das Gelb sind Stoffe, die zum Augen nötig sind. Ist das Ei ein Körper? Nein. Das Ei ist ein Ding, ein Gegenstand, eine Sache oder für den Kaufmann eine Ware. Der Tisch, der Stuhl, der Ofen etc. sind keine Stoffe, auch keine Körper, sondern es sind Dinge, Gegenstände, Sachen; für den Kaufmann sind es Waren. Der Baum ist kein Stoff, kein Körper, kein Ding, sondern ein lebendiges Gewächs. Die Dinge, die Gegenstände, die Sachen sind leblos. Das Pferd, die Kuh und der Hund sind keine Dinge, keine Sachen, keine Gegenstände, sondern es sind Tiere.

Der menschliche und der tierische Körper sind die einzigen lebendigen Körper, alle übrigen Körper sind leblos. Die Pflanze hat keinen Körper.

Was sind denn aber Körper?

Der Würfel ist ein Körper. Die Kugel, das Prisma, die Pyramide und der Zylinder, die Waage sind geometrische Körper. Es gibt runde und eckige Körper, aber keine runden und eckigen Stoffe. Ein Körper hat eine bestimmte Form; ein Stoff ist formlos. — Es gibt verschiedene Körperformen. Die Sonne ist ein Körper. Der Mond, die Erde, die Sterne, die Planeten sind Himmelskörper; sie haben eine bestimmte Gestalt. Wenn man die räumliche Beschaffenheit hervorheben will, dann spricht man von einem Körper. Die Luft nimmt einen bestimmten Raum ein, deshalb ist sie ein Körper; sonst ist sie ein Stoff.

1. Die Stoffe sind die formlosen gedachten Bestandteile der Dinge. (Das Wesen des Stoffes kann bis jetzt nicht erklärt werden.)

2. Körper sind Stoffe mit bestimmter Form.

3. Wenn es wieder auf die Stoffe, noch auf die räumliche Beschaffenheit ankommt, dann spricht man von Gegenständen, Dingen, Sachen, Waren sind Gegenstände, die gekauft und verkauft werden.

Statt Stoff sagt man auch Materie oder Substanz. Substanzial, materiell heißt stofflich.

Humor und Satire.

Der Geizhals. „Warum haben Sie denn auf Ihre alten Tage noch Ihre Wertschatzen geheiratet?“ — „Sie hatte sich bei mir ein kleines Vermögen erworben, und das mußte ich ihr doch wieder abnehmen.“

Vorsicht! „Warum tragen Sie zwei Brillen, Herr Professor?“ — „Damit ich die andere wiederfinden kann, wenn ich sie verliere!“ — Aus „Meggendorfer Blätter.“

Literarisches.

Die Heilung der Syphilis durch Ehrlich's „606“ oder vielmehr, wie dieses Mittelpräparat und erfolgreiche Mittel jetzt genannt wird, durch Salvarsan, behandelt der bekannte Berliner Arzt und Hochschullehrer Dr. Fritz Alt in einem forschenden obigen Titel erschienenen Buch. Die Entdeckung Prof. Ehrlich's ist zweifellos eine so bedeutende und die von ihm bekanntgemachte Krankheit eine so weit verbreitete, daß eine von berühmten Ärzten geleitete sachliche und allgemein verständliche Darstellung des Themas wohl am Platze war. Dr. Fritz Alt hat seinen im medizinischen Verlag Schöner & Komp., Berlin NW. 67, zum Preise von 1,80 M. erschienen und als ein wichtiges Aufführungsbuch ebenso für Gelehrte wie für Kranke zu betrachten.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!